

2024

Internationales Kolloquium

Kommunale Selbstverwaltung als Impulsgeber für den gesellschaftlichen Aufbruch in Mitteleuropa



Horvat, F., Grosse, H., et al.

Katholische Universität in Rosenberg

8.5.2024

Redaktion

Ing. František HORVÁT, PhD.

Vizerektor für Entwicklung, Informatisierung und Innovation der Katholischen Universität in Rosenberg

prof. Dr. Holm Große

Präsident Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der Technischen Universität an der TU Dresden e.V.

prof. Ing. Arch. Maroš Finka, PhD.

Direktor des Instituts für Management der Slowakischen Technische Universität in Bratislava

Übersetzung

prof. Ing. Vojtech Dirner, CSc., - Havířov

Toni Große, - Bischofswerda/Banská Bystrica

Rezensenten

doc. Ing. Milan Fiľa, PhD. – Hochschule für Angewandte Psychologie in Theresienstadt

RNDr. Štefan Tkačik, PhD. – Katholische Universität in Rosenberg

Inhalt

Programm des internationalen Kolloquiums	1
Einleitung – EIPOS e.V.	3
Einleitung – Katholische Universität in Rosenberg	5
Herausforderungen und Ansätze zur Wiederbelebung der Kommunalen Selbstverwaltung.....	7
Die größten Herausforderungen der slowakischen Gemeinden	9
Kommunale Selbstverwaltung in Sachsen	15
Visionen zur Entwicklung von Städten und Gemeinden	47
Innovationen – Motor der Entwicklung von Städten und Gemeinden.....	49
Praktische Aspekte gesundheitlich-sozialer Versorgung	67
Instrumente zur Unterstützung kommunaler Selbstverwaltung.....	79
SMARTe Lösungen - eine Antwort auf aktuelle Herausforderungen	91
Ergebnisse von runden Tischen	103
Thema 1: Visionen der Stadtentwicklung und der Zusammenarbeit	105
Thema 2: (Infra)struktur der sozialen Zukunft in Mitteleuropa	107
Thema 3: Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung	109
Resümee	111
Bildergalerie.....	113

Programm des internationalen Kolloquiums

9. Mai 2024 - Rektorensaal der KU in Rosenberg

- 12:00 – 13:00 Teilnehmerregistrierung
- 13:00 – 13:15 Eröffnung des Kolloquiums Grosse / Demko
- 13:15 – 14:15 Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- 14:15 – 14:30 Coffe break
- 14:30 – 15:30 Herausforderungen und Ansätze zur Wiederbelebung der Kommunalen Selbstverwaltung
1. Die größten Herausforderungen der slowakischen Gemeinden ZMOS - Božik
 2. Kommunale Selbstverwaltung in Sachsen SSG - Grosse
- 15:30 – 16:00 Coffe break
- 16:00 – 18:00 Visionen zur Entwicklung von Städten und Gemeinden
3. Innovationen - Entwicklungsmotor von Städten und Gemeinden INOVIA - Kocian
 4. Praktische Aspekte gesundheitlich-sozialer Versorgung KU - Kamanová
 5. Instrumente zur Unterstützung kommunaler Selbstverwaltung EIPOS - Richter
 6. SMARTe Lösungen - eine Antwort auf aktuelle Herausforderungen SSCC - Wzoš
- ab 18:00 Abendgesellschaft auf der Terrasse

10. Mai 2024 - Meetingräume der Universitätsbibliothek der KU in Rosenberg

- 08:30 – 10:00 Diskussion, Definition von Zielen und Maßnahmen am runden Tisch
- Thema 1: Visionen der Stadtentwicklung und der Zusammenarbeit Grosse / Finka
Thema 2: (Infra)struktur der sozialen Zukunft in Mitteleuropa Kamanová / Grosse
Thema 3: Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung Richter / Dirner
- 10:00 – 10:30 Coffe break
- 10:30 – 12:00 Präsentation der Gruppenergebnisse und Abschließende Erarbeitung eines gemeinsamen Kommunikués zu Zielen, Maßnahmen und Forderungen der kommunalen Selbstverwaltung
- 12:00 – 13:30 Mittagspause
- 15:00 - 18:00 Fakultatives Programm - Besuch der Burg Orava

Einleitung – EIPOS e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie hier im schönen Rosenberg gemeinsam mit den Kollegen der Katholischen Universität und der Slowakischen Technischen Universität Bratislava ganz herzlich zum Internationalen Kolloquium „Kommunale Selbstverwaltung als Impulsgeber für den gesellschaftlichen Aufbruch in Mitteleuropa“ begrüßen zu dürfen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die mit ihrer Vorbereitung und Organisation zum Gelingen unserer Veranstaltung beigetragen haben und beitragen - vom Team des Rektorats der Katholischen Universität über die Techniker und Dolmetscher bis hin zu all jenen, die sich heute und morgen um unser Wohl kümmern werden.

Seit seiner Gründung im September 1990 hat sich das Europäische Institut für postgraduale Bildung an der Technischen Universität Dresden zum Kompetenzträger für die grenzübergreifende Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa mit besonderer Expertise in den Bereichen Bauwesen sowie Regionalentwicklung profiliert. Viele kommunale Entscheidungsträger durchliefen im Bereich des Regionalmanagements international anerkannte Studiengänge und Weiterbildungsangebote, mit dem Masterstudiengang Regionalmanagement in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur Wien an der Spitze.

Aktuelle Rahmenbedingungen, wie Globalisierung, Bürokratisierung der EU, demographischer Wandel und insbesondere eine nicht auskömmliche Finanzierung für die Erfüllung der Aufgaben für die Menschen vor Ort stellen Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen. Diese Problematik steht in Deutschland wie in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Gemeinsam mit Kommunen und universitären Partnern in der Slowakei, Ungarn und Österreich sowie nachfolgend in den weiteren mitteleuropäischen Ländern Tschechien und Polen wollen wir Lösungsansätze und -wege unter den Bedingungen des permanenten Wandels der Zivilgesellschaft diskutieren sowie Forderungen zur kommunalen Selbstverwaltung an unsere Staaten sowie die Europäische Union formulieren.

Durch den Wissensaustausch, der sich auf das Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung aus der Sicht ihrer Verwaltung, die Gewährleistung der Gesundheits- und Sozialfürsorge für die Bürger und die Schaffung von Bedingungen für den Wirtschaftssektor insbesondere in Deutschland als auch in der Slowakei konzentriert, sollen praktische Lösungen gefunden und ein gemeinsames Memorandum sowie Angebote und Formen der Unterstützung für kommunale Entscheidungsträger erarbeitet werden und nachfolgend durch die Organisationspartner und weitere geeignete Einrichtungen umgesetzt werden.

Ich freue mich auf einen intensiven Austausch und neue Partnerschaften mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen (Ober-) Bürgermeister, regionalen Entscheidern und Partnern, Interessenvertreter der Wirtschaft sowie Manager von Clustern und Netzwerken.

Und ich bin sicher, dass von unserer Tagung nicht nur Impulse und Signale an unsere Landesregierungen und die Europäische Union ausgehen werden, sondern auch viele neue grenzübergreifende Kontakte und Partnerschaften in und für Mitteleuropa geknüpft werden.

Lassen Sie uns in einer ersten Runde einander vorstellen, damit sich Kennenlernen und Zusammenarbeiten von Anfang an wie ein roter Faden durch unser Kolloquium zieht!

Prof. Dr. Holm Große

Einleitung – Katholische Universität in Rosenberg

Liebe Damen, sehr geehrte Herren,

mit großer Freude heiÙe ich Sie alle recht herzlich willkommen in Rosenberg an der Katholischen Universität.

Besonders begrüÙe ich die Vertreter der Städte aus dem Freistaat Sachsen in Deutschland, der Tschechischen Republik, Ungarn, Österreich und Polen.

Ebenso begrüÙe ich auf dem Boden unserer Universität auch die Vertreter von Städten und Gemeinden aus der Slowakei sowie die Kollegen von der Slowakischen Technischen Universität in Bratislava als Mitveranstalter.

Persönlich begrüÙe ich Herrn Professor Holm Große, Oberbürgermeister der GroÙen Kreisstadt Bischofswerda, gleichzeitig Professor an der Technischen Universität Dresden und Präsident des Europäischen Instituts für postgraduale Bildung.

Von den slowakischen Gästen begrüÙe ich besonders den Vorsitzenden des Städte- und Gemeindebunds der Slowakei und Bürgermeister der Stadt Partizanské Herrn Dozenten Jozef BoÙík.

Des Weiteren begrüÙe ich den Abgeordneten des Nationalrats der Slowakischen Republik und Bürgermeister der Stadt Liptovský Mikuláš, Herrn Ján BlcháÙa, den Bürgermeister unserer Gastgeberstadt RuÙomberok Herrn Ľubomír Kubáñ, den Leiter des Instituts für Management der STU in Bratislava Herrn MaroÙ Finka.

Ihre Teilnahme und Anwesenheit ist für uns eine Ehre und Ausdruck ihres Interesses für die Wichtigkeit des Kolloquiums.

Wir danken allen, die an unserem internationalen Kolloquium im Herzen der Slowakei in RuÙomberok, in der schönsten Region Liptov teilnehmen.

Wir freuen uns sehr, dass die Stadt RuÙomberok zum Ort für Diskussionen und fachliche Debatten darüber geworden ist, wie sich die Selbstverwaltung von Kommunen und Städten, bedingt durch Globalisierung, Bürokratisierung und mangelnde finanzielle Mittel, weiterentwickeln kann.

Ich glaube, dass das Kolloquium eine passende Gelegenheit bietet, sich gemeinsam kennenzulernen, damit wir uns noch besser verstehen und zusammenarbeiten.

Ich danke allen Organisatoren, ob nun von der deutschen Partnerseite, als auch denen aus der Slowakei, genauer von der STU. Von meinen Kollegen bedanke ich mich besonders herzlich bei Herrn Prodekan Doktor František Horvát, welcher sich an der Organisation dieser Veranstaltung beteiligt hat.

Ich wünsche ihnen allen eine erfolgreiche Verhandlung, einen angenehmen Aufenthalt an unserer Universität und produktive Tage, welche Sie an unserer Alma Mater als auch in der Stadt RuÙomberok verbringen werden.

doc. Ing. Jaroslav Demko, CSc.

Herausforderungen und Ansätze zur Wiederbelebung der Kommunalen Selbstverwaltung

Präsentationen – Teil 1

Die größten Herausforderungen der slowakischen Gemeinden

doc. PaedDr. Jozef Božík, PhD. – Verband der Städte und Gemeinden der Slowakei (ZMOS)

Herr Rektor, meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Ich habe die Aufgabe erhalten, über die größten Herausforderungen der slowakischen Kommunalverwaltungen zu sprechen

Mein Kollege, der Bürgermeister der Gemeinde Bešeňová, Herr Ing. Martin Baran, hat es bereits angedeutet. Martin Baran angedeutet, nämlich dass die größte Herausforderung derzeit die Frage der Finanzierung ist. Wir können uns nicht mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichen. Aber wir vergleichen uns sehr gerne mit der Tschechischen Republik, mit der wir seit 75 Jahren im gleichen Zustand sind. Bei diesem Vergleich stellen wir fest, dass die Slowakei am kürzeren Hebel sitzt. Eine kleine Statistik:

1. Nach Angaben der Agenturen liegt der Unterschied zwischen der Slowakei und der Tschechischen Republik beim Bruttoinlandsprodukt zwischen 10,00 % und 20,00 %.

2. Nach Angaben derselben Agenturen liegt der Unterschied bei der Finanzierung der lokalen Regierungen, bei den so genannten Anteilssteuern, die wir pro Kopf erhalten, 80,00 % und 100,00 %.

Dies soll anhand eines praktischen Beispiels verdeutlicht werden. Die Stadt Partizánske hat eine Partnerstadt, Náchod, im Nordosten Böhmens. Während die durchschnittliche Anteilssteuer hier von 800 Tsd. EUR bis 900 Tsd. EUR. EUR pro Monat betrug, lag ihre, auch bei einer geringeren Einwohnerzahl, von 1,4 Mil. EUR bis zu 3,2 Mil. EUR.

Die Kommunalverwaltungen in der Slowakei kämpfen nun schon im dritten Jahr ums Überleben. Warum? Nun, weil die früheren Regierungen jährlich mehr als 750 Mio. EUR aus unseren Haushalten entnommen haben. EUR. Stellen Sie sich gleichzeitig die bizarre Situation vor, dass der Staat in dem Moment, in dem er Ihnen Geld entzieht, anordnet, alle Löhne um 22,00 % zu erhöhen. So etwas hat es in Europa wahrscheinlich noch nie gegeben, und die Slowakei steht in dieser Hinsicht an der Spitze, in dieser Bizartheit.

Ein weiteres wichtiges strategisches Thema für die Gemeinden in der Slowakei ist die Frage des Baurechts. Dem slowakischen Städte- und Gemeindebund ist es gelungen, mit der neuen Regierung eine einjährige Verzögerung des neuen Baugesetzes auszuhandeln, das verabschiedet wurde und im April dieses Jahres in Kraft treten sollte. Dies hätte einen Zusammenbruch der Bauverfahren und der Baugenehmigungen bedeutet, da wir nicht in der Lage gewesen wären, unsere Raumordnungspläne oder strategischen Raumplanungsunterlagen anzuwenden. Es ist uns gelungen, dies zu verhindern, und gemeinsam mit dem Minister für Verkehr und Bauwesen, JUDr. Ing. Jozef Ráž, haben wir uns dafür eingesetzt. Jozef Ráž, sind wir dabei, eine neue Fassung dieses Gesetzes auszuarbeiten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Frage der Finanzierung, der sogenannten nicht-öffentlichen Anbieter von Sozialdienstleistungen. Wir fordern die Regierung derzeit auf, das Sozialhilfegesetz so zu ändern, dass die ursprüngliche Regelung aus dem Jahr 2021, die den Kommunen geschadet hat, wieder in Kraft gesetzt wird. Wir wollen den nicht-öffentlichen Anbietern sozialer Dienstleistungen, die oft in letzter Minute Menschen retten, wenn wir als Kommunen keinen Anbieter finden, ob kommunal, städtisch oder regional, nicht das Recht auf Geld verwehren.

Ein großes Thema, mit dem wir uns beschäftigen, ist die Frage der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsdienste auf der Ebene der Städte und Gemeinden, wo wir gerade dabei sind, die so genannten ambulanten Notaufnahmen für Kinder abzuschaffen, oder ambulante pädiatrische Notaufnahmen. Um unseren deutschen Partnern und unseren deutschen Gästen die Situation näher zu bringen. Wir haben 141 Städte und 2 789 Gemeinden in der Slowakei. Innerhalb der 141 Städte haben wir derzeit in 55 von ihnen eine ambulante Notaufnahme für Kinder, die bis zur zweiundzwanzigsten Stunde besetzt ist. Aufgrund des akuten Mangels an Kinderärzten wird diese Zahl auf 40 reduziert werden. Durch die Streichung von Notaufnahmen verlängern sich die Fahrtzeiten oder der Zugang zur medizinischen Versorgung wird eingeschränkt. Zu den gefährdeten Städten gehören zum Beispiel Rosenberg, aber auch Partizánske.

Sie fragen sich vielleicht, warum ich so viel über dieses Thema spreche, und ich spreche darüber, weil in der Slowakei gilt: Wenn es nicht um Gesundheit und Leben geht, geht es um gar nichts. Andere Themen, mit denen wir uns beschäftigen, sind Straßenverkehr, Verkehrsschilder, Raum- und Landschaftsplanung und ein großes Thema ist die Abfallwirtschaft.

In der Abfallwirtschaft zum Beispiel, und das kennen Sie nicht aus Deutschland, führen wir erst einmal die mechanisch-biologische Behandlung von gemischten Siedlungsabfällen ein, was die Abfallwirtschaft verteuern wird. Aber das Schlimmste ist, dass wir bei den Anlagen zur energetischen Verwertung von Siedlungsabfällen weit hinterherhinken. Sonst nennt man sie einfach Verbrennungsanlagen. Ich will es mit einer Krisenfrage versuchen. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie viele Verbrennungsanlagen es in Europa gibt? Es sind genau 505. Wissen Sie, wie viele von diesen 505 in der Slowakei stehen? Ja, genau 2. In der Schweiz gibt es 30 Verbrennungsanlagen, und sie haben keine Angst, dass Milka, die Kuh, auf diesen Hängen grasen wird und dass die Milch für Milka, die Schokolade, die gleiche Qualität haben wird, auch wenn sie die Luft einatmet, die von einer solchen Verbrennungsanlage ausgestoßen wird. Wir wollen päpstlicher sein als der Papst. Deshalb kommen überall dort, wo in unserem Land die Idee aufkommt, eine solche Müllverbrennungsanlage zu bauen, Ökoaktivisten, Öko-Initiativen und stoppen alles. Allein in Wien, das übrigens immer wieder als lebenswertester Ort bewertet wird, gibt es vier Müllverbrennungsanlagen mitten in der Stadt.

Wir haben also noch viel zu lernen, und das sind die Themen, die uns belasten. Ich möchte Sie damit nicht langweilen, aber ich möchte Sie alle glücklich machen, dass heute hier in Ružomberok eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen dem Slowakischen Städte- und Gemeindebund und dem Sächsischen Gemeindetag in der Bundesrepublik Deutschland beginnt. Darüber bin ich sehr froh, denn wir müssen Erfahrungen austauschen. Wir müssen das Beste aus dem einen oder anderen Land austauschen. Wir müssen uns von dem Besseren in dem schlechteren Land inspirieren lassen und es in dem schlechteren Land politisch durchsetzen können.

Was mich sehr glücklich macht, ist, dass ich auch mitteilen kann, dass ich vor meiner Ankunft zu dieser Konferenz ein Treffen mit dem Rektor, Assoc. Ing. Jaroslav Demko, CSc. Ich habe eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Verband der Städte und Gemeinden der Slowakei und der Katholischen Universität in Ružomberok unterzeichnet. Die Katholische Universität in Ružomberok ist die fünfte Universität in dieser Reihe, die erste war die Comenius-Universität in Bratislava, dann folgten die Wirtschaftsuniversität in Bratislava, die Universität St. Cyril und Methodius in Trnava und die Alexander Dubček Universität in Trenčín. Die Slowakische Universität für Landwirtschaft in Nitra, die Matej Bel Universität in Banská Bystrica und die Pavol Jozef Šafárik Universität in Košice bekundeten ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit.

Ein wichtiger Teil der Finanzierung, mit dem wir uns derzeit auch beschäftigen, ist die Dezentralisierung und Dekonzentration der Verteilung der europäischen Mittel in der Slowakei. Das ist ein großes Thema, entscheidend für die Städte und Gemeinden der Slowakei. Wir haben erreicht, dass das Volumen dieser Gelder zum ersten Mal etwa 19,00 % der derzeit für die Slowakei bereitgestellten Mittel ausmacht. Dieses Geld wird in die so genannten „ÚMR.ov“ - also Stadtentwicklungsgebiete - und die so genannten „IUS.ov“ - also integrierte räumliche Strategien - fließen. Ein wichtiges Thema ist dabei die Frage nach der Funktionsweise der so genannten lokalen Aktionsgruppen. Das sind Gruppen, in denen sich kleine Gemeinden und kleine Städte zusammenschließen. Für diese Gemeinden und Städte ist dies oft die einzige Möglichkeit, einen Beitrag aus europäischen Fonds zu erhalten.

Ich könnte noch sehr lange fortfahren, aber ich weiß, dass mehrere Redner bereit sind. Ich möchte Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für die Möglichkeit, hierher zu kommen, sehr danken. Ich freue mich sehr, dass ich hier neue interessante Menschen kennen gelernt habe, ich habe, ich wage es zu sagen, neue Freunde gefunden, und ich werde mich sehr freuen, wenn Sachsen und die Slowakei mit Ungarn, Polen, der Ukraine, der Tschechischen Republik und Österreich zusammenarbeiten. Es war mir eine Ehre, mit Ihnen zu sprechen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag und alles Gute.

Kommunale Selbstverwaltung in Sachsen

Prof. Dr. Holm Große – Oberbürgermeister der Stadt Bischofswerda und Präsident des EIPOS e.V. und Mitglied des Präsidiums des Sächsischen Städte- und Gemeindetages

Herausforderungen und Ansätze zur Wiederbelebung der Kommunalen Selbstverwaltung

Inhalt

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie
 - 1.1 Begriffsbestimmung und Einordnung
 - 1.2 Einschätzung des aktuellen Stands der Umsetzung
 - 1.3 Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Selbstverwaltung
 - 1.4 Ansätze im Freistaat Sachsen
2. Ausgewählte Problemfelder der kommunalen und regionalen Entwicklung
 - 2.1 Städte und Gemeinden als Elemente von Metropolregionen bzw. Umland von Großstädten
 - 2.2 Die vernetzte Region – Antrieb für regionale Kooperationen
 - 2.3 Wirtschaftsförderung und Investorenmanagement
3. Schlussfolgerungen: finanzielle Ausstattung, bedarfsorientierte Weiterbildung und ein neuer Think-Tank für (Mittel-) Europa

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

1.1 Begriffsbestimmung und Einordnung

Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien des demokratischen Gemeinwesens und hat in Deutschland durch die Selbstverwaltungsgarantie in Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsrang. Auch auf Landesebene ist das Selbstverwaltungsrecht verfassungsmäßig abgesichert (zum Beispiel in Artikel 82 Absatz 2 und 84 der Verfassung des Freistaates Sachsen). Dabei ist die kommunale Selbstverwaltung in den meisten Fällen, so auch im Freistaat Sachsen, in zwei Ebenen gegliedert. Die untere Ebene bilden die Gemeinden, die obere Ebene die Landkreise. Hinzu kommen die Kreisfreien Städte, die sowohl die Aufgabe einer Gemeinde als auch die eines Landkreises wahrnehmen. Die Ausgestaltung des Selbstverwaltungsrechts ist in der Sächsischen Gemeindeordnung und der Landkreisordnung geregelt.

Das Selbstverwaltungsrecht bedeutet vor allem, dass die Gemeinden im Rahmen des geltenden Rechtes ihre Aufgaben unabhängig und eigenverantwortlich - ohne Weisungen von übergeordneten Stellen - erfüllen. Es sichert den Gemeinden einen Aufgabenbereich zu, der grundsätzlich alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft umfasst (sogenannte „Allzuständigkeit der Gemeinde“).

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden umfasst neben der Gebietshoheit als Ausdruck des räumlich-persönlichen Hoheitsbereichs insbesondere folgende Bereiche:

- die Satzungshoheit, das heißt die Befugnis, Angelegenheiten der Gemeinde durch den selbstverantwortlichen Erlass von Satzungen zu regeln,
- die Personalhoheit, das heißt die Befugnis, eigenes Personal auszuwählen, anzustellen, zu befördern und zu entlassen,
- die Finanzhoheit, das heißt das Recht der Gemeinde, ihre Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft im Rahmen eines geordneten Haushaltswesens selbständig zu führen,
- die Planungshoheit, das heißt die Befugnis, die bauliche Entwicklung in der Gemeinde zu ordnen,
- die Organisationshoheit, das heißt das Recht der Gemeinde, die eigene innere Organisation nach ihrem Ermessen auszurichten, und
- die Verwaltungshoheit, das heißt das Recht der Gemeinde, im Rahmen der gesetzlichen Regelungen die zur Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Satzungen notwendigen Verwaltungsakte zu erlassen und gegebenenfalls zwangsweise durchzusetzen.

1.2 Einschätzung des aktuellen Stands der Umsetzung

(Nicht nur) In Sachsen wird eingeschätzt, dass das Land mehr als 30 Jahre nach der Einführung und verfassungsrechtlichen Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung einem tiefgreifenden Wandel unterliegt. Vielerorts macht sich eine wachsende Stimmung der Unzufriedenheit, des Gefühls, nicht gehört und nicht wahrgenommen zu werden, breit - bis in die Rathäuser sowie die Städte- und Gemeinderäte hinein. Einige Gründe dafür sind globalen Charakters und damit nicht oder nur sehr schwer zu ändern, andere können und müssen vor Ort beeinflusst werden.

Besondere Probleme bereiten:

1. Unzureichende kommunale Spielräume

Die derzeitige Abhängigkeit der Kommunen und Regionen von den Vorgaben aus EU, Bund, Land ist nicht förderlich für die Entscheidungen vor Ort. Ergebnis sind Einengungen, Verluste und Verlustängste, Haushaltssperren, damit verbunden aber auch Widerständen und Wählerwanderungen. Die juristischen und finanziellen (Handlungs-) Spielräume der Kommunen sind zu erweitern und anschließend durch diese zu nutzen.

2. Abhängigkeit von Fördermitteln

Die nicht auskömmliche Ausstattung der Kommunen führt zu einer gefährlichen Abhängigkeit von Fördermitteln. Zu den negativen Wirkungen zählen u.a. durch Berater aufgesetzte und von der Politik abhängige (von Bund und Land als „goldener Zügel“ verwendete) Anträge abseits der tatsächlichen Bedarfe, die fehlende Bilanzierung der Folgekosten, aufgesplitterte Projektstrukturen, oberflächliches Monitoring, nicht durchgängig nachgewiesener Nutzen. Das bedeutet nicht, auf zusätzliches Geld zu verzichten. Kredite (so diese die Rechtsaufsicht zulässt!), Bürgerfonds, Spenden u.a.

werden zumeist gewissenhaft eingesetzt (unser Geld). Der Einsatz von Fördermitteln wird zielgerichteter, wenn sich die Akteure zwingen, die Prioritäten für die Region bzw. den Städteverbund gemeinsam festzulegen und fortzuschreiben sowie eine kontinuierliche begleitende Kostenrechnung anzulegen, insbesondere für die Betriebskosten nach Auslaufen der Förderung.

3. Verständnis von Kosten und Investitionen

Leider unterliegt in Deutschland insbesondere die Bundes- und Landesebene dem Irrtum, dass Ausgaben für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Kultur und andere Grundfunktionen mehr Kosten darstellen, obwohl sie von der Wirkung her Investitionen in die Gegenwart und vor allem in die Zukunft sind. Für die Kommunen zeigen viele Pflichtaufgaben dieses Phänomen. Nach dem entsprechenden Umdenken bei den Politikern ließen sich dann entsprechende Erklärungen für die Bürger finden (z.B. nicht „Wir müssen die Schule modernisieren“, sondern „Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder“). Städte und Gemeinden benötigen angesichts der überbordenden Bürokratie und zunehmenden Standardisierung kommunaler Aufgaben durch den Staat eine Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung – als Neuanfang für gelebte Basisdemokratie in den Staaten Mitteleuropas und der gesamten EU.

Zusammengefasst lässt sich folgende These aufstellen: Städte und Gemeinden wollen und sollten sich nicht von „oben“ durch Gesetzgeber und Regierung diktieren lassen, was heute zu einer modernen Selbstverwaltung gehört, sondern eigenständig definieren (dürfen), wie ihr kommunaler Auftrag neu mit Leben erfüllt werden kann und was Selbstverwaltung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen bedeutet.

1.3 Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Selbstverwaltung

Kommunen müssen attraktiv sein, als das alltägliche, direkt erlebbare Lebensumfeld der Bürger „atmen“ können und funktionieren. Vor Ort in den Städten und Gemeinden wird Politik für die Menschen unmittelbar erfahrbar. In Deutschland wurden und werden die Spielräume der Kommunen für eigene Investitionen und Gestaltung innerhalb ihrer - eigentlich verfassungsrechtlich garantierten - Selbstverwaltung immer weiter eingeschränkt, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass immer mehr Aufgaben von Bund und Land ohne entsprechender Finanzierung auf diese übertragen wurden und werden. Auch die steigenden Kosten im Sozialbereich treffen die Kommunen in voller Härte - ohne jede Möglichkeit, sich zu entlasten. Eine solche verfehlte Politik bekommen die Bürger über Leistungseinschränkungen, insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben, die den Lebenswert der Kommunen und Regionen prägen (z. B. Kultur, Freizeit, Sport, Vereinsförderung) inzwischen flächendeckend zu spüren. Was ist also zu tun?

Zuallererst muss die Handlungsfreiheit der Kommune als Voraussetzung für ihr erfolgreiches Funktionieren wiederhergestellt werden. Zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft ist es von Nöten, dass nach jahrelanger Vernachlässigung der ländliche

Raum wieder bei der Entwicklung Vorrang bekommt. Wir brauchen eine Umkehr zur Erhöhung der Attraktivität des Lebens auf dem Lande, was bei richtiger Digitalisierung und der notwendigen Neuaufstellung des ÖPNV nicht nur unserer Umwelt, sondern auch der Lebensqualität in den Ballungsräumen zu Gute kommen wird.

Die dafür zu schaffenden Voraussetzungen sind den nachfolgend aufgeführten drei Thesen zusammengefasst:

1. So wenig Staat wie nötig, so viel Selbstverwaltung wie möglich

Im Mittelpunkt steht die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Geht es dem Wohnort gut, geht es den Menschen vor Ort gut. Dabei erfordert effiziente Selbstverwaltung eine weitergehende Verwaltungsmodernisierung. Die einzelne Kommune soll eine „funktionierende, weitgehend selbstverwaltete Einheit“ sein und eigenständig, d.h. ohne bürokratische Vorgaben, mit benachbarten Kommunen in interkommunalen Partnerschaften und für den Bürger nachvollziehbaren regionalen Entwicklungskonzepten kooperieren können. Es muss sichergestellt sein, dass kommunale und regionale Einheiten miteinander kompatibel sind, damit in Krisensituationen schneller und entschiedener gehandelt werden kann.

2. Das Prinzip der „Nähe“, regionaler Wertschöpfung und Daseinsvorsorge

Jeder Ort, jede Region hat regionale Besonderheiten und Vorzüge, die stärker als bisher gesucht werden, als „Standortvorteil“ herausgestellt und genutzt werden müssen. Kommunale Aufträge sollen in größerem Umfang „vor Ort“ vergeben werden können. Regionale Produkte könnten verstärkt in der Region präsentiert, vermarktet und genutzt werden. Wirtschaftsförderung ist mehr als Ansiedlungspolitik – im Mittelpunkt (auch der Förderung durch Bund und Land) müssen die Bestandspflege sowie kommunale und regionale Wertschöpfungsketten stehen. So kann erreicht werden, dass das Verhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht nur eine Lieferbeziehung bleibt, sondern durch das Prinzip der „Nahversorgung“ eine echte Partnerschaft entsteht.

Die wichtigste Aufgabe jedes Staates besteht in der Daseinsvorsorge. Kann diese in den zentralen Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Mobilität und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger geleistet werden, initiiert dies Aufbruchstimmung, Aktivität und ein Wir-Gefühl bei den Menschen und Unternehmen, stärkt die Demokratie und wirkt der Entstehung sozialer Konflikte sowie einer Spaltung der Gesellschaft wirksam entgegen. Eine gezielte Einbindung aller Bürger in die gesellschaftliche Entwicklung kann und muss mit Hilfe einer guten Stadt- und Regionalplanung, guter Bildungspolitik und unterstützender Sozialarbeit gelingen.

3. Auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen

Selbstbestimmung gelingt nur mit soliden Finanzen. Die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ist eine wesentliche Voraussetzung für ein

funktionierendes Lebensumfeld der Bürger, der Familien, der Unternehmen und Vereine und für die Umsetzung des in Deutschland verfassungsrechtlich garantierten Grundprinzips, dass die Gemeinden alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung regeln können.

Für den Staat muss gelten: oberste Pflicht ist der sparsame und überlegte Umgang mit den von den Menschen vor Ort erwirtschafteten Steuergeldern. Bund und Länder dürfen Kommunen nur solche Pflichtaufgaben setzen, die durch sie auch eigenfinanziert werden (Konnexitätsprinzip). Jedwede Förderpolitik muss klar formuliert, priorisiert und nach Themen ausgerichtet werden. Sie darf nicht Gewöhnungs- und Mitnahmeeffekte erzeugen, sondern muss Anreize zur Entwicklung schaffen.

Die Finanzierung der Kommunen muss dafür zum Beispiel im Freistaat Sachsen grundlegend neu aufgestellt werden. Die Kommunen sind hier seit Jahren systematisch unterfinanziert, was eine "kommunale Selbstverwaltung" praktisch aushebelt. Aus dem Aufkommen im Freistaat Sachsen an Steuern und Einnahmen muss bei den Landkreisen, Städten und Gemeinden künftig ein deutlich größerer Teil verbleiben - Kommunen müssen in der Lage sein, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ohne ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Kurzfristige Maßnahmen oder "Rettungspakete" sind dafür der falsche Ansatz, stattdessen muss der kommunale Finanzausgleich neu aufgestellt werden.

Die staatliche Förderung darf auch nicht zur Kompensation einer unzureichenden Eigenfinanzierungskraft der Kommunen eingesetzt werden, sondern muss projektbezogen ausgerichtet sein und allen Kommunen offenstehen. Städte und Gemeinden brauchen keine "goldenen Zügel", mit denen der Staat sie durch Fördermittelvergabe in eine aus seiner Sicht vermeintlich „politisch richtige“ Richtung lenkt, sondern benötigen für die Erfüllung ihrer Aufgaben Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit. Die Kommunen benötigen (so wie auch unsere Bürgerinnen und Bürger) keine Bevormundung, sondern wissen als bürger- und ortsnahe Selbstverwaltungen sehr viel besser, verantwortungsbewusster und gezielt problemorientierter mit der Finanzierung ihrer Aufgaben umzugehen, als dies Bund oder Länder meinen und vermögen.

1.4 Ansätze im Freistaat Sachsen

Wie kann es gehen?

Die Städte und Gemeinden im Freistaat Sachsen forderten im Juni 2023 einen Neustart für die kommunale Selbstverwaltung und ein kommunales Freiheitsgesetz - Wettbewerb, Verantwortung, Freiheit, Kreativität sowie staatliches Vertrauen statt staatlicher lähmender Überregulation und dem "goldenen Zügel" staatlicher Förderprogramme oder staatlicher Hilfspakete.

Im Kern geht es um eine Rückbesinnung auf die Freiheiten zu Beginn der 90er Jahre, auf den Elan und die Kreativität der Anfangsjahre, die zu einem enormen Entwicklungssprung in den 90er und 2000er Jahren geführt haben. Voraussetzung dafür

war eben jene kommunale Selbstverwaltung als Grundpfeiler einer lebendigen, engagierten, sozialen und demokratischen Gesellschaft.

Gegenwärtig entwickeln daher die kommunalen Verantwortungsträger unter dem Dach des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG) in einem ersten Schritt einen Katalog von Fragen, deren Beantwortung darüber Aufschluss geben kann, wie die gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landes heute kommunale Selbstverwaltung sehen, empfinden und interpretieren, zum Beispiel:

- Wie ist „kommunale Freiheit“ neu zu definieren und in der Praxis umzusetzen?
- Wie sollte vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die Aufgabenverteilung zwischen den kommunalen Ebenen aussehen?
- Wo ist der Abbau unnötiger Standards dringend erforderlich?
- Welche Mittel aus der Fachförderung können budgetiert und pauschaliert werden - in welchen Bereichen bleibt eine Fachförderung erforderlich?
- Sollte das Verhältnis der Organe der Städte und Gemeinden zueinander neu austariert werden? Welche Aufgaben werden im staatlichen Gefüge für so wichtig gehalten, dass sie künftig kommunal wahrgenommen werden sollten?
- Wie können Kommunen ihrer Selbstverwaltung in Bezug auf Tarifabschlüsse und damit verbundene, aktuell de facto von oben vorgegebene, Lohnentwicklungen wieder nachkommen?
- Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf das Verständnis moderner Selbstverwaltung? Ist es zum Beispiel sinnvoll oder sogar notwendig, für eine digitale Vereinheitlichung von Softwareanwendungen partiell auf kommunale Selbstverwaltung zu verzichten, eine zentrale Finanzierung herbeizuführen?
- Wie kann das verfassungsrechtlich zugesicherte Prinzip der Konnexität eingefordert und umgesetzt werden?

Letzteres bedeutet heute schlichtweg, gerade auch angesichts der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, dass die Städte und Gemeinden nur solche zusätzlichen Pflichtaufgaben (egal, ob diese von EU, Bund oder Land „erfunden“ bzw. an diese herangetragen werden) übernehmen können, welche auch komplett (d.h. einschließlich Einführung und Umsetzung, Investitions-, Betriebs- und Personalkosten, Ersatzbeschaffungen etc.) durch den Verursacher bzw. Besteller gegenfinanziert werden.

Unter diesem Gesichtspunkt zu bewerten sind zum Beispiel solche Gesetzgebungen und Regelungen, wie die einer „Kommunalen Wärmeplanung“, aber auch zu „CO2-Ampeln“ in Schulen oder des sogenannten „Hinweisgeberschutzgesetzes.“

2. Ausgewählte Problemfelder der kommunalen und regionalen Entwicklung

Auf die im Vortrag ausgewiesenen zentralen Themenfelder der öffentlichen Daseinsvorsorge wie:

- Verkehr und Mobilität
- Medizinische Versorgung
- Bildung
- Kulturelles Leben, Vereine, Beteiligung
- Handel und Innenstadt
- Sicherheit

kann und möchte ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen. Gestatten sie mir aber ein paar übergreifende strategische Überlegungen:

2.1 Regionen und Gemeinden als Teil von Metropolregionen bzw. Umland von Großstädten

Die anhaltende Diskussion von Urbanisierung versus Ländlicher Raum verhindert oder erschwert eine zukunftsorientierte Sicht auf Nicht-Großstädte und Gemeinden. Wird des verfassungsrechtlich festgesetzten Strebens nach gleichwertigen Lebensverhältnissen falsch interpretiert, indem die Lebensweise der Großstädte mit allen ihren Vorteilen (Mobilität, Verfügbarkeit von Einkaufszentren und filialisierter Ladenketten, ein vielfach durch die Landesregierungen finanziertes Angebot an Kultur) und Nachteilen (Verlust sozialer Beziehungen, Kriminalität) als Ziel der Entwicklung betrachtet werden, gehen den Menschen individuelle Optionen für die Gestaltung ihres Lebens verloren. Sie sind auch dadurch überholt, da die Pendlerbeziehungen inzwischen aufgrund der Beschäftigungsmöglichkeiten in Verwaltung und Hochschule/Forschung im urbanen Raum sowie attraktiver Arbeitsplätze im sog. ländlichen Raum im Bereich von Produktion und innovativer Dienstleistungen längst ausgeglichen sind.

Wenn aber die Großstadt und ihr Umland als sich ergänzender Raum gesehen werden, dann muss der ländliche Raum anders sein als das Zentrum und versus erhält hier beidseitig die im Lateinischen angebotene Aussage „hin zu“ - und nicht nur gegen. Wichtig für die Zukunft sind entsprechende Orientierungen in Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft:

- Großstädte existieren nicht ohne Umland; ihr Wohlstand ist direkt abhängig von erfolgreichen Regionen. Fast alle Merkmale des Umlandes kann die Stadt nicht kompensieren.
- Die gegenwärtige Trennung von Großstadtpolitik und Regionalpolitik entspricht dem nicht.
- Unternehmen und Bürger wählen ländliche Räume aus besonderen Gründen. Ihr berechtigter Wunsch nach günstigen/ geeigneten Verhältnissen kann aber nicht

Urbanisierung bedeuten, denn das würde dem ursprünglichen Grund widersprechen.

- Sowohl Großstädte, als noch mehr historisch gewachsene Regionen, verfügen über ihre eigene Identität und ihren Stolz. Durch gelebte Kooperation kann er die „Nachbarn“, also Region oder Städte im Umland, einbinden. So kann der sog. „Metropol-Bürger“ die Vorzüge der Region (Naturausstattung, Freizeitmöglichkeiten, Entschleunigung vom täglichen Stress der Großstadt) ebenso als Ergänzung schätzen und nutzen, wie der Bewohner der Kleinstädte und Dörfer die Angebote des Ballungszentrums (Einkaufsmöglichkeiten, Kultur, Events).

2.2 Die vernetzte Region - Antriebe für regionale Kooperationen

Erfolgreiche Regionen zeigen, wie sehr gelingendes wirtschaftliches und soziales Leben von Kooperation und stabilen Vernetzungen abhängig sind. Die bereits existierenden Herausforderungen und ihre zu erwartenden Eskalationen bilden vielfältige Antriebe und Handlungsebenen:

- Nachhaltigkeit im Sinne des Dreiecks einer Entwicklung unter Beachtung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte und der Umgang mit den Herausforderungen des Ressourcen- und Klimaschutzes sind ohne Vernetzungen wenig oder gar nicht erfolgreich - vor allem dann, wenn man einsieht, dass es immer dringender um Vorsorge und Abwehr geht. Auffällig sind die engen Verflechtungen zwischen den Maßnahmen gegen Starkregen, Hochwasser, Hitze u.a. mit den Bestrebungen nach reduziertem CO₂ Ausstoß. Bürger aktivieren sich sehr viel intensiver vor Ort, gerade auch in regionalen Verbänden, für ihr Lebensumfeld mit einem intakten Wald, als in für sie abstrakte globalen Klimarettungsaktionen.
- Die anhaltende und weiter zunehmende Mittelknappheit erzwingt Kooperationen und gezielte Vernetzungen. In regionalen Entwicklungskonzepten geht es um Vertrauen und sinnvolle Arbeitsteilung, z.B. wir kümmern uns um die Schulen, ihr um das Ärztehaus. Wichtig ist, dass alle Beteiligten verstehen, wie sehr die Netzwerke von der Zahl der Akteure profitieren.
- Eine heterogene und dynamische/ volatile Bevölkerung wird nicht das Merkmal der großen Städte bleiben. Schon heute gibt es wahrscheinlich den Standardbürger (Geburt, Schulbildung, Arbeitsleben, Rente, Tod in einem Ort) kaum noch. Wirkungsvolles Migrationsmanagement (nicht nur für Asylbewerber u.ä.) wird von einzelnen Orten nicht zu bewältigen sein.
- Das Außenbild für Touristen, Investoren, Fachkräfte, Zuzugsinteressierte wird immer weniger von einem Ort zu formen sein. Das erfordert großräumigeres Denken und Handeln bei den betroffenen Akteuren – von den verantwortlichen lokalen und regionalen Politikern über die Unternehmerinnen und Unternehmer bis hin zur gesamten Bürgerschaft.

2.3 Wirtschaftsentwicklung und Investorenmanagement

Die Wirtschaft Mitteleuropas ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt – sie schaffen den Großteil an Arbeitsplätzen sowie technologischen Entwicklungen prägen die Städte und Kommunen. Staatlicherseits ist es wichtig und sinnvoll, die Sicherung von Fachkräften, Technologieförderung und Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge zu unterstützen, in Abstimmung mit den Unternehmen und deren Interessenvertreter und Branchenverbände.

Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen, muss die Wirtschaft von übermäßigen finanziellen und bürokratischen Lasten befreit werden. Die EU-weite `Vorschriftenwut´ und die unzureichende Digitalisierung binden Arbeitskräfte, die an anderer Stelle fehlen. Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge müssen vereinfacht, Nachweispflichten reduziert und Vorschriften bereits bei ihrer Erarbeitung grundsätzlich auf Praktikabilität geprüft werden. Dynamische Regionen benötigen Investitionen und entsprechende Akteure. Standortbewerbung und Ansiedlung sollte immer als Aufgabe der gesamten Region, nicht nur eines Ortes, verstanden und angegangen werden. Sie betrifft immer sowohl den Unternehmensstandort, als auch die Akquisition geeigneter Fachkräfte und Wohn- bzw. Baumöglichkeiten für diese). Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Umgang mit „Ankommenden“. Jede Region produziert für Ankommende ein eigenes Bild. Das prägt den ersten Eindruck und wirkt für längere Zeit. Es geht sowohl um die Willkommenskultur in der Verwaltung (sowie deren Wirtschaftsförderung und Bereitschaft, Lösungen für Genehmigungsverfahren zu organisieren und Kontakte herzustellen), als auch der Menschen vor Ort (in den Restaurants und Hotels, bei potentiellen Vermietern, aber auch durch Bürger/innen auf der Straße).

3. Schlussfolgerungen: finanzielle Ausstattung, bedarfsorientierte Weiterbildung und ein neuer Think-Tank für (Mittel-) Europa

Die wichtigste Aufgabe jedes Staates besteht in der Daseinsvorsorge. Wird diese in zentralen Bereichen (Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Mobilität und Sicherheit) für alle Bürger geleistet, initiiert dies Aufbruchstimmung und ein Wir-Gefühl der Menschen, stärkt die Demokratie und wirkt der Entstehung sozialer Konflikte wirksam entgegen. Eine gezielte Einbindung aller Bürger in die gesellschaftliche Entwicklung kann und muss mit Hilfe einer guten Stadt- und Regionalplanung, guter Bildungspolitik und unterstützender Sozialarbeit gelingen.

Die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Lebensumfeld für Bürger, Familien, Unternehmen und Vereine sowie für die Umsetzung des Grundprinzips, dass Städte und Gemeinden (sowie der durch diese gebildeten Regionen und Netze) in Selbstverwaltung alle Angelegenheiten der Gemeinschaft regeln können.

Regionen und die sie bildenden Kommunen sind in ihrer Entwicklung in erster Linie von ihren Akteuren abhängig. Werden die knappen Mittel nach klarer gemeinsamer

Schwerpunktsetzung auf das Gemeinwohl, Langlebiges und Investives konzentriert, erhöhen sich die Standortattraktivität und der Lebenswert. Auffällig ist die Wirkung engagierter Akteure und deren Netzwerke mit gemeinsamen Visionen, Zielen und Maßnahmen sowie Mut und Ausdauer bei deren Umsetzung.

Die Akteure – also Bürgermeister, Landräte, Regionalmanager, Managern von Städtenetzen, Smart Cities und Clustern – benötigen Unterstützung: neben der finanziellen Ausstattung insbesondere bedarfsorientierte Möglichkeiten und Angebote für einen dauerhaften Austausch (Hilfe zur Selbsthilfe, Motivation) und zur berufsbegleitenden Weiterbildung, insbesondere:

- kurze und kompakte Fachfortbildungen sowie praxisnahe Kurse,
- Tagungen, Kolloquien, Summits, Planspiele, Netzwerktreffen und Themenabende.

Hier stehen insbesondere in der Stadt- und Regionalentwicklung erfahrene Bildungsträger (Universitäten und deren An-Institute) sowie professionelle Weiterbildungseinrichtungen in der Verantwortung zur Entwicklung von Inhalten, Curricula und effizienten Formen sowie deren Umsetzung, sowohl jeweils für den nationalen Markt, als auch übergreifend für Mitteleuropa.

Es bedarf dazu dringend und zeitnah der Bildung eines (mittel-) europäischen Netzwerkes als Think-Tank für die kommunale und regionale Selbstverwaltung und lebenslanges Lernen für Entscheider und Macher.

Impulsreferat „Herausforderungen und Ansätze zur Wiederbelebung der Kommunalen Selbstverwaltung“

*Prof. Dr. Holm Große, Oberbürgermeister der Stadt Bischofswerda
Präsident des EIPOS an der TU Dresden e. V.
Präsidiumsmitglied des SSG*

Internationales Kolloquium „Kommunale Selbstverwaltung als Impulsgeber
für den gesellschaftlichen Aufbruch in Mitteleuropa“ (Ruomberok, 9./10.5.2024)

Inhalt

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie
 - 1.1 Begriffsbestimmung und Einordnung
 - 1.2 Einschätzung des aktuellen Stands der Umsetzung
 - 1.3 Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Selbstverwaltung
 - 1.4 Ansätze im Freistaat Sachsen
2. Ausgewählte Problemfelder der kommunalen und regionalen Entwicklung
 - 2.1 Städte und Gemeinden als Elemente von Metropolregionen bzw. Umland von Großstädten
 - 2.2 Die vernetzte Region – Antrieb für regionale Kooperationen
 - 2.3 Wirtschaftsförderung und Investorenmanagement
3. Schlussfolgerungen:
finanzielle Ausstattung, bedarfsorientierte Weiterbildung und ein neuer Think-Tank für (Mittel-) Europa

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Begriffsbestimmung

Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien des demokratischen Gemeinwesens und hat in Deutschland durch die Selbstverwaltungsgarantie in Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Auch auf Landesebene ist das Selbstverwaltungsrecht verfassungsmäßig abgesichert (zum Beispiel in Artikel 82 Absatz 2 und 84 der Verfassung des Freistaates Sachsen).

3

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden umfasst neben der Gebietshoheit als Ausdruck des räumlich-persönlichen Hoheitsbereichs insbesondere folgende Bereiche:

- die Satzungshoheit: Befugnis, Angelegenheiten der Gemeinde durch den Erlass von Satzungen zu regeln,
- die Personalhoheit: Befugnis, eigenes Personal auszuwählen, anzustellen, zu befördern und zu entlassen,
- die Finanzhoheit: das Recht der Gemeinde, ihre Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft im Rahmen eines geordneten Haushaltswesens selbständig zu führen,

4

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

- die Planungshoheit: Befugnis, die bauliche Entwicklung in der Gemeinde zu ordnen,
- die Organisationshoheit: das Recht der Gemeinde, die eigene innere Organisation nach ihrem Ermessen auszurichten, und
- die Verwaltungshoheit: das Recht der Gemeinde, im Rahmen der gesetzlichen Regelungen die zur Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Satzungen notwendigen Verwaltungsakte zu erlassen und gegebenenfalls zwangsweise durchzusetzen.

5

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Aktueller Stand der Umsetzung/Probleme

1. Unzureichende kommunale Spielräume

Die Abhängigkeit der Kommunen und Regionen von den Vorgaben aus EU, Bund, Land ist nicht förderlich für die Entscheidungen vor Ort. Ergebnis sind Einengungen, Verluste und Verlustängste, Haushaltssperren, damit verbunden aber auch Widerständen und Wählerwanderungen. Die juristischen und finanziellen (Handlungs-) Spielräume der Kommunen sind zu erweitern und anschließend durch diese zu nutzen.

6

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

2. *Abhängigkeit von Fördermitteln*

Die nicht auskömmliche Ausstattung der Kommunen führt zu einer gefährlichen Abhängigkeit von Fördermitteln. Zu den negativen Wirkungen zählen u.a. durch Berater aufgesetzte und von der Politik abhängige (von Bund und Land als „goldener Zügel“ verwendete) Anträge abseits der tatsächlichen Bedarfe, aber auch die fehlende Bilanzierung der Folgekosten und aufgesplitterte Projektstrukturen.

7

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

3. *Verständnis von Kosten und Investitionen*

Leider unterliegt in Deutschland insbesondere die Bundes- und Landesebene dem Irrtum, dass Ausgaben für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Kultur und andere Grundfunktionen mehr Kosten darstellen, obwohl sie von der Wirkung her Investitionen in die Gegenwart und vor allem in die Zukunft sind.

8

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Übergreifende Thesen

Städte und Gemeinden wollen und sollten sich nicht von „oben“ durch Gesetzgeber und Regierung diktieren lassen, was heute zu einer modernen Selbstverwaltung gehört, sondern eigenständig definieren (dürfen), wie ihr kommunaler Auftrag neu mit Leben erfüllt werden kann und was Selbstverwaltung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen bedeutet.

9

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Selbstverwaltung

These 1

So wenig Staat wie nötig, so viel Selbstverwaltung wie möglich

Im Mittelpunkt steht die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Geht es dem Wohnort gut, geht es den Menschen vor Ort gut. Dabei erfordert effiziente Selbstverwaltung eine weitergehende Verwaltungsmodernisierung.

10

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Die einzelne Kommune soll eine „funktionierende, weitgehend selbstverwaltete Einheit“ sein und eigenständig, d.h. ohne bürokratische Vorgaben, mit benachbarten Kommunen in interkommunalen Partnerschaften und für den Bürger nachvollziehbaren regionalen Entwicklungskonzepten kooperieren können. Es muss sichergestellt sein, dass kommunale und regionale Einheiten miteinander kompatibel sind, damit in Krisensituationen schneller und entschiedener gehandelt werden kann.

11

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Selbstverwaltung

These 2

Das Prinzip der „Nähe“, regionaler Wertschöpfung und Daseinsvorsorge

Jeder Ort, jede Region hat Besonderheiten und Vorzüge, die stärker als bisher gesucht werden, als „Standortvorteil“ präsentiert, herausgestellt und genutzt werden müssen.

Kommunale Aufträge sollen in größerem Umfang „vor Ort“ vergeben werden können.

12

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Regionale Produkte müssen verstärkt präsentiert, vermarktet und genutzt werden.

Wirtschaftsförderung ist mehr als Ansiedlungspolitik. Im Mittelpunkt (auch der Förderung durch Bund und Land) müssen die Bestandspflege sowie kommunale und regionale Wertschöpfungsketten stehen. So kann erreicht werden, dass das Verhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht nur eine Lieferbeziehung bleibt, sondern durch das Prinzip der „Nahversorgung“ eine echte Partnerschaft entsteht.

13

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Voraussetzungen zur Wiederbelebung der Selbstverwaltung

These 3

Auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen

Selbstbestimmung gelingt nur mit soliden Finanzen. Die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ist Voraussetzung für ein funktionierendes Lebensumfeld der Bürger, der Familien, der Unternehmen und Vereine und für die Umsetzung des in Deutschland verfassungsrechtlich garantierten Grundprinzips, dass die Gemeinden alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung regeln können.

14

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Bund und Länder dürfen Kommunen nur solche Pflichtaufgaben setzen, die durch sie auch gegenfinanziert werden (Konnexitätsprinzip). Förderpolitik muss klar formuliert, priorisiert und nach Themen ausgerichtet werden. Sie muss Anreize zur Entwicklung schaffen, darf nicht Gewöhnungs- und Mitnahmeeffekte erzeugen.

15

1. Kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zur Demokratie

Die Finanzierung der Kommunen in Sachsen ist grundlegend neu aufzustellen. Aus dem Aufkommen im an Steuern und Einnahmen muss bei den Landkreisen, Städten und Gemeinden künftig ein deutlich größerer Teil verbleiben.

Kommunen müssen in der Lage sein, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ohne ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Kurzfristige Maßnahmen oder "Rettungspakete" sind dafür der falsche Ansatz, stattdessen muss der kommunale Finanzausgleich neu aufgestellt werden.

16

2. Ansätze in Sachsen – Leitbild kommunaler Selbstverwaltung

Ausgangspunkt

Die Städte und Gemeinden im Freistaat Sachsen forderten im Juni 2023 einen Neustart für die kommunale Selbstverwaltung und ein kommunales Freiheitsgesetz – **Wettbewerb, Verantwortung, Freiheit, Kreativität sowie staatliches Vertrauen statt staatlicher lähmender Überregulation und dem “goldenen Zügel” staatlicher Förderprogramme oder staatlicher Hilfspakete.**

17

2. Ansätze in Sachsen – Leitbild kommunaler Selbstverwaltung

Es geht um eine Rückbesinnung auf die Freiheiten zu Beginn der 90er Jahre, auf den Elan und die Kreativität, die bis in die 2000er Jahre zu einem enormen Entwicklungssprung führen – mit kommunaler Selbstverwaltung als Pfeiler einer lebendigen, engagierten, sozialen und demokratischen Gesellschaft.

- Wie ist „kommunale Freiheit“ neu zu definieren und in der Praxis umzusetzen?
- Wie kann die Aufgabenverteilung zwischen den kommunalen Ebenen aussehen (demograph. Entwicklung)?
- Wo ist der Abbau unnötiger Standards dringend erforderlich?

18

2. Ansätze in Sachsen – Leitbild kommunaler Selbstverwaltung

- Welche Mittel aus der Fachförderung können budgetiert und pauschaliert werden?
- Wie können Kommunen ihrer Selbstverwaltung in Bezug auf Tarifabschlüsse und damit verbundene, aktuell de facto von oben vorgegebene, Lohnentwicklungen wieder nachkommen?
- Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf das Verständnis moderner Selbstverwaltung? Ist es sinnvoll, für eine digitale Vereinheitlichung von Softwareanwendungen eine zentrale Finanzierung herbeizuführen?
- Wie kann das verfassungsrechtlich zugesicherte Prinzip der Konnexität eingefordert und umgesetzt werden?

19

2. Ansätze in Sachsen – Leitbild kommunaler Selbstverwaltung

**Verfahrensstand zu den Umfragen
„Kommunale Selbstverwaltung“ und
„Erwartungen des SSG an die Regierungsmehrheit
des 8. Sächsischen Landtages“**

20

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung

Anlass und Durchführung

- Rede des Präsidenten zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung bei der Mitgliederversammlung des SSG am 29. Juni 2023
- Konkrete Fragen vom Landesvorstand am 8. Dezember 2023 freigegeben
- Unter der Bezeichnung „Ihre Meinung ist gefragt! Sachsens Städte und Gemeinden positionieren sich zu Fragen kommunaler Selbstverwaltung“ wurde die Befragung vom 20. 12.2023 bis zum 31. 01.2024 durchgeführt
- Vom 20.12.2023 bis zum 31.01.2024 nahmen 176 der insgesamt 416 SSG-Mitglieder an der Befragung teil (rund 42 Prozent der SSG-Mitglieder)

21

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung

Ergebnisse der Befragung

→ Einhelliges Meinungsbild

- Gut 88 % der Befragungsteilnehmer würden es begrüßen, wenn zukünftig IT-Fachanwendungen zentral bereitgestellt, betrieben und finanziert werden.
- Änderungen des Gemeindegebietes (Gemeindevereinigungen und Gemeindeeingliederungen) sollen ausschließlich freiwillig stattfinden. Dafür setzen sich gut 85 % der Befragungsteilnehmer ein.

22

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung

- Fast 80 % der Befragungsteilnehmer lehnen in ihrer Funktion als Chef oder Chefin der Verwaltung die politische Idee auf Bundesebene ab, bundesgesetzlich den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Recht auf Arbeit im Homeoffice einzuräumen.
- Aus Sicht von 77 % der Befragungsteilnehmer benötigen die Kommunen mehr Freiraum bei der Stellenbewirtschaftung, wenn der Haushalt mit Stellenplan bereits verabschiedet ist.

23

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung

→ Geteiltes Meinungsbild

- Die 2023 vom Sächsischen Landtag aufgelegte „Klimamillion“ halten 48,9 % der Befragungsteilnehmer für sinnvoll oder eher sinnvoll. Ebenfalls 48,9 % halten die „Klimamillion“ für nicht sinnvoll oder weniger sinnvoll.
- Die mit 51,7 % knappe Mehrheit befürwortet eine künftig einheitliche Verantwortung des Freistaates für Grundschulen und Horte, wobei die Verantwortung für den Hort auf den Freistaat überginge. 28,4 % lehnen dies ab, 15,3 % würden die einheitliche Verantwortung für Grundschulen und Horte lieber bei den Kommunen sehen.

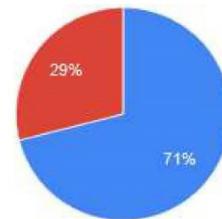
24

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Frage 2:

Sollte das Kommunalrecht (insbesondere die Gemeindeordnung) auf das Regeln von Rahmenbedingungen reduziert werden und die Ausgestaltung der Details in die Hoheit der Städte und Gemeinden übergehen?

Antwort	
ja	
nein	



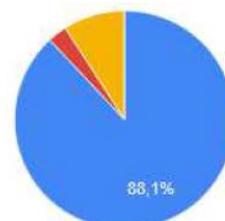
25

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Frage 5:

Sollten zukünftig IT-Fachanwendungen zentral bereitgestellt, betrieben und finanziert werden?

Antwort	
ja	
nein	
weiß nicht	

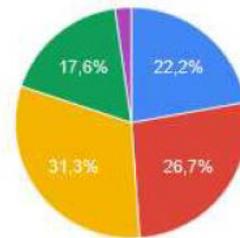


26

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Frage 6:

Wie beurteilen Sie die 2023 vom Sächsischen Landtag aufgelegte „Klimamillion“, von der die Kreisfreien Städte sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf Antrag beim Landkreis Mittel erhalten können (1 Mio. Euro je Kreisfreier Stadt und Landkreis)?

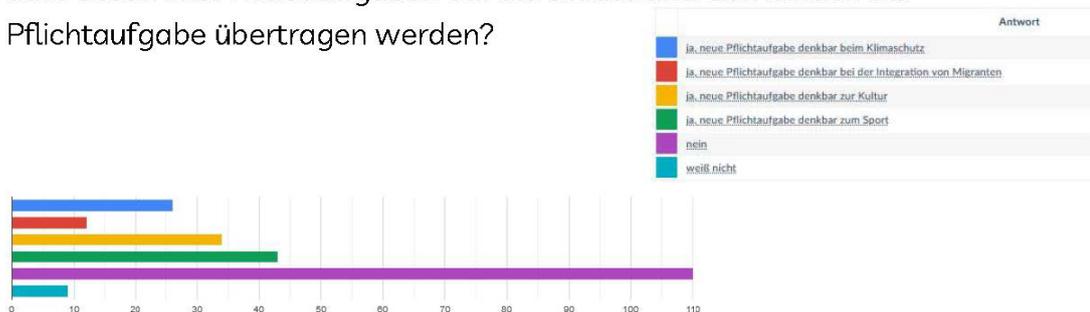


27

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Frage 7:

Würden Sie es angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen befürworten, dass bestimmte neue Aufgaben auf die Städte und Gemeinden als Pflichtaufgabe übertragen werden?



28

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Vorbemerkung zu Frage 9:

Derzeit wird der kommunale Straßenbau mit einer kommunalen Straßenbaupauschale (§ 20a SächsFAG, 60 Mio. Euro) und kommunalen Straßenbaubudgets (§ 20b SächsFAG, 115 Mio. Euro) gefördert. Mit einer Zusammenfassung würde ein Finanzvolumen von mindestens 175 Mio. Euro entstehen, eine Erhöhung darüber hinaus wäre im Rahmen der Dynamisierung der FAG-Masse vorstellbar. Bei einer „echten“ Pauschale für jede Kommune einzeln müssten die Mittel dann aber für größere Projekte über mehrere Jahre angespart werden. Die jetzt eingeführte Kreisbudgetlösung wiederum wäre bei einer deutlich größeren Finanzmasse noch attraktiver und flexibler.

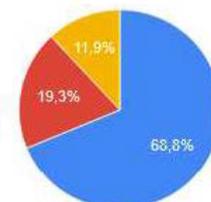
29

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Frage 9:

Sollen künftig die Straßenbaupauschale und die kommunalen Straßenbaubudgets zusammengefasst werden?

	Antwort
<input type="checkbox"/>	ja, in eine große Straßenbaupauschale (Direktauszahlung an jede Kommune) oder
<input type="checkbox"/>	ja, in größere Kreisbudgets
<input type="checkbox"/>	nein



30

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Vorbemerkung zu Frage 19:

Horte als Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Verantwortung der Städte und Gemeinden werden derzeit entweder in öffentlicher Trägerschaft oder durch einen freien Träger der Jugendhilfe betrieben. Die unterschiedliche Verantwortlichkeit für die Bildung in den Grundschulen (Freistaat mit Lehrpersonal) und die Hortbetreuung (Kommune mit eigenem Personal bzw. freiem Träger) wird in der Praxis oft als hinderlich für die ganztägige Bildung betrachtet.

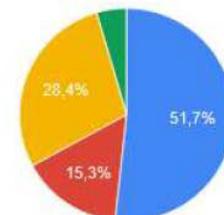
31

A. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung – Fragenkatalog

Frage 19:

Sollen Grundschulen und Horte künftig einheitlich verantwortet werden?

Antwort	
<input type="checkbox"/>	ja, einheitlich durch den Freistaat (Verantwortung für Hort geht auf den Freistaat über, ggf. auch unter Einbeziehung freier Träger) oder
<input type="checkbox"/>	ja, einheitlich durch die Kommune (Verantwortung für Lehrpersonal an Grundschulen geht auf Kommunen über)
<input type="checkbox"/>	nein
<input type="checkbox"/>	weiß nicht



32

B. Erwartungen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages an die Regierungsmehrheit des 8. Sächsischen Landtages

- Textlicher Vorentwurf der Geschäftsstelle (Schreiben vom 11. 09. 2023)
- Rückmeldungen aus den Kreisfreien Städten und Kreisverbänden bis zum 19. Januar 2024 mit zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen
- Gliederung (Arbeitsstand)
 - Neustart kommunaler Selbstverwaltung durch kommunales Freiheitsgesetz
 - Wirtschaftsstandort Sachsen stärken
 - Mobilität in Stadt und Land nachhaltig verbessern
 - Digitalisierung aus einem Guss

33

B. Erwartungen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages an die Regierungsmehrheit des 8. Sächsischen Landtages

- Fachkräftezuwanderung und gelingende Integration
- Kluge lokale Lösungen für Energieversorgung zulassen und unterstützen
- Kommunale Finanzierung nachhaltig verbessern
- Freistaat Sachsen als Bildungsland Nummer 1 erhalten
- Lebensgrundlagen erhalten und Infrastrukturen anpassen
- Soziale Leistungen und Strukturen zukunftsfest machen
- Attraktivität der öffentlichen Arbeitgeber erhöhen
- Soziales Wohnen
- Sicherheit / Katastrophenschutz
- Außenwahrnehmung verbessern

34

3. Schlussfolgerungen

- Die wichtigste Aufgabe jedes Staates besteht in der Daseinsvorsorge. Wird diese in den zentralen Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Mobilität und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger geleistet, initiiert dies Aufbruchstimmung, Aktivität und ein Wir-Gefühl bei den Menschen und Unternehmen, stärkt die Demokratie und wirkt der Entstehung sozialer Konflikte sowie einer Spaltung der Gesellschaft wirksam entgegen.
- Die gezielte Einbindung aller Bürger in die gesellschaftliche Entwicklung gelingt mit strategischer Stadt- und Regionalplanung, guter Bildungspolitik und unterstützender Sozialarbeit.

35

3. Schlussfolgerungen

- Die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Lebensumfeld für Bürger, Familien, Unternehmen und Vereine sowie für die Umsetzung des Grundprinzips, dass Städte und Gemeinden in Selbstverwaltung alle Angelegenheiten der Gemeinschaft regeln können.
- Die Akteure (Bürgermeister, Landräte, aber auch Manager von Regionen, Städtenetzen und Smart Cities) benötigen Unterstützung: neben der finanziellen Ausstattung insbesondere bedarfsorientierte Möglichkeiten und Angebote für einen dauerhaften (Erfahrungs-) Austausch (Netzwerke für Motivation, Coaching, Selbsthilfe) und zur praxisnahen Weiterbildung (z. B. Themenabende, Seminare, Kolloquien, Planspiele).

36

3. Schlussfolgerungen

- **Es bedarf dringend und zeitnah der Bildung eines (mittel-) europäischen Netzwerkes als Think-Tank für die kommunale Selbstverwaltung und lebenslanges Lernen für Entscheider und Macher.**

37



**Herzlichen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

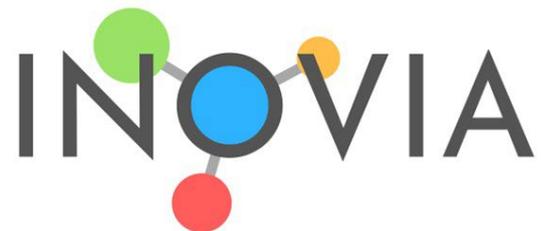
www.bischofswerda.de

Visionen zur Entwicklung von Städten und Gemeinden

Präsentationen – Teil 2

Innovationen – Motor der Entwicklung von Städten und Gemeinden

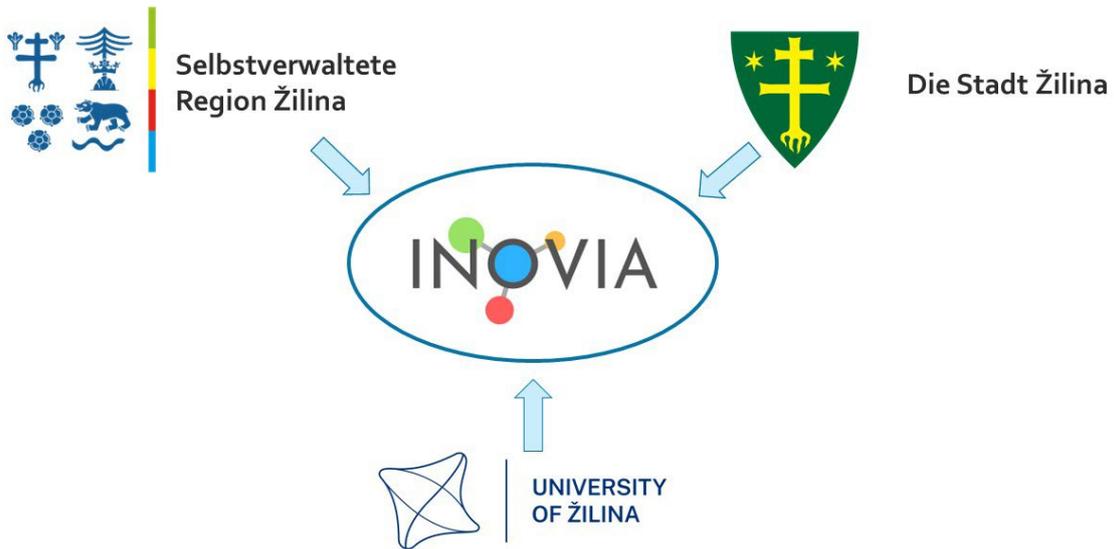
Ing. Vlastimil Kocian - Innovationszentrum Selbstverwaltete Region Žilina, die Stadt Žilina und Universität Žilina in Žilina (INOVIA)



INNOVATIONEN - Motor der Entwicklung von Städten und Gemeinden

Ružomberok 9.5.2024



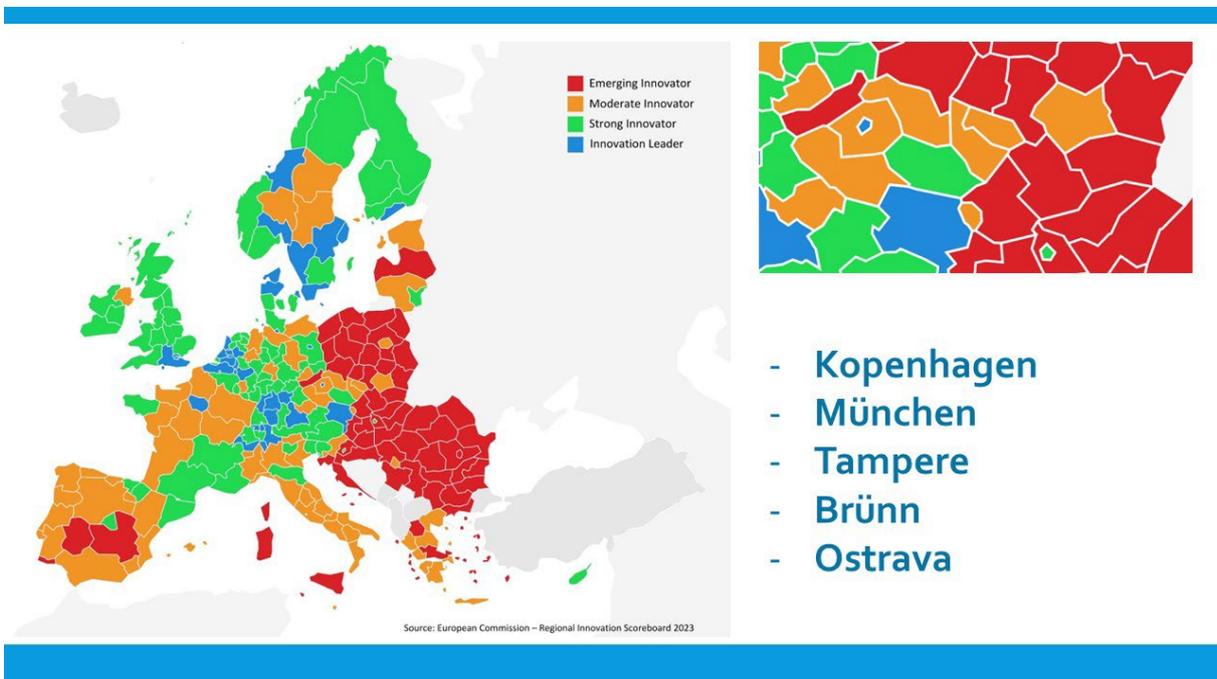
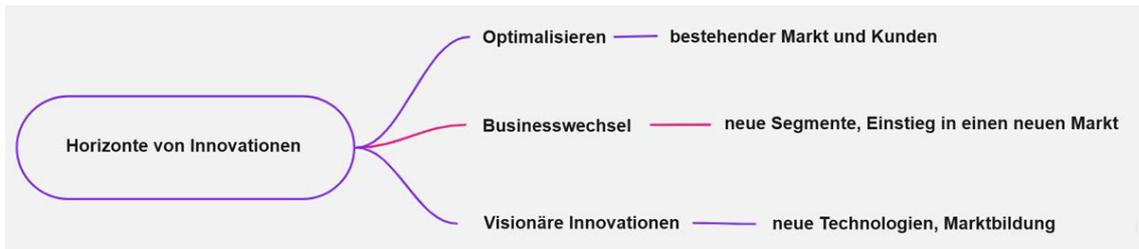


WAS IST EINE INNOVATION ?

- Innovare (lat.) – erneuern
- Erfindung + Implementierung



HORIZONTE VON INNOVATIONEN





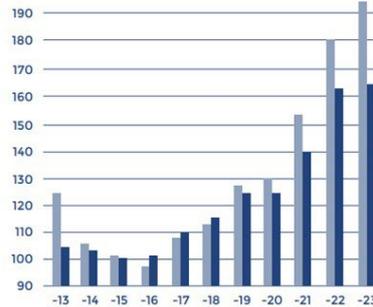
TECHNOLOGY INDUSTRY

The turnover of the technology industry showed positive development in the Tampere Region region throughout the year 2022 and from January to June 2023. The major units of Tampere Region's technology industry are in the machinery and equipment sector, where demand was strong in 2022.



Turnover trend comparison 2015=100

■ Tampere Region ■ Finland



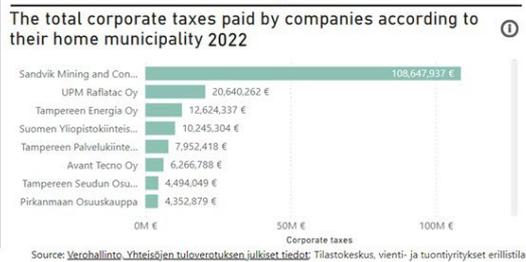
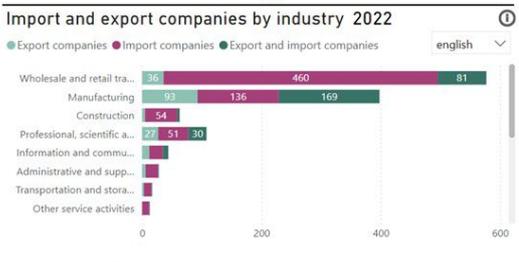
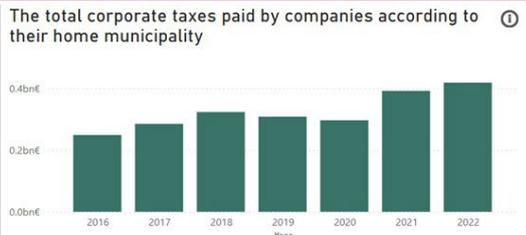
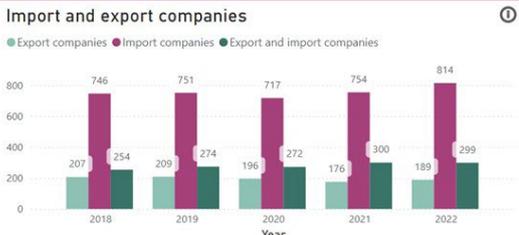
EXAMPLE COMPANIES
IN THE INDUSTRY:

SANDVIK MINING AND CONSTRUCTION - METSO OUTOTEC FINLAND - NOKIA SOLUTIONS AND NETWORKS -
AGCO POWER - VALMET TECHNOLOGIES - CARGOTEC FINLAND

ECONOMIC GROWTH:

KANGASALA, LEMPÄÄLÄ, NOKIA, ORIVESI, PIRKKALA, TAMPERE, VESILAHTI, YLÖJÄRVI

SELECT MUNICIPALITY
All



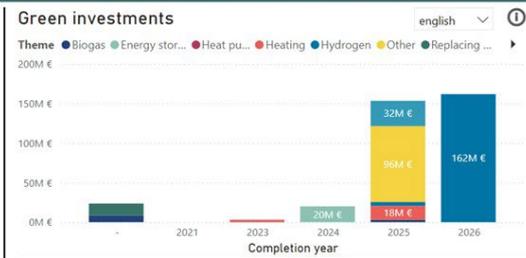
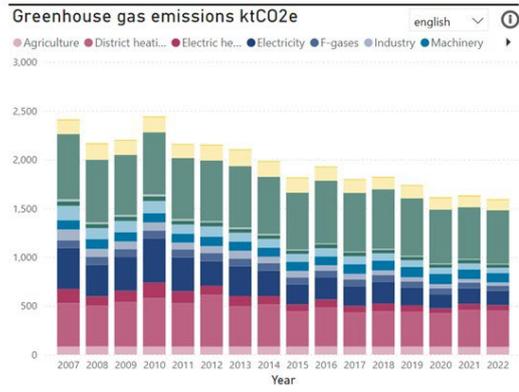
Source: Verohallinto, Yhteisöjen tuloverotuksen julkiset tiedot; Tilastokeskus, vienti- ja tuontirytykset erillistilastus

GREEN TRANSITION: INVESTMENTS AND EMISSIONS

KANGASALA, LEMPÄÄLÄ, NOKIA, ORIVESI, PIRKKALA, TAMPERE, VESILAHTI, YLÖJÄRVI

SELECT MUNICIPALITY
All

-816.70 Change in emissions ktCO_{2e} 2007-2022
1.59K Emissions ktCO_{2e} 2022
362M € The value of the green investments from 2021 onwards



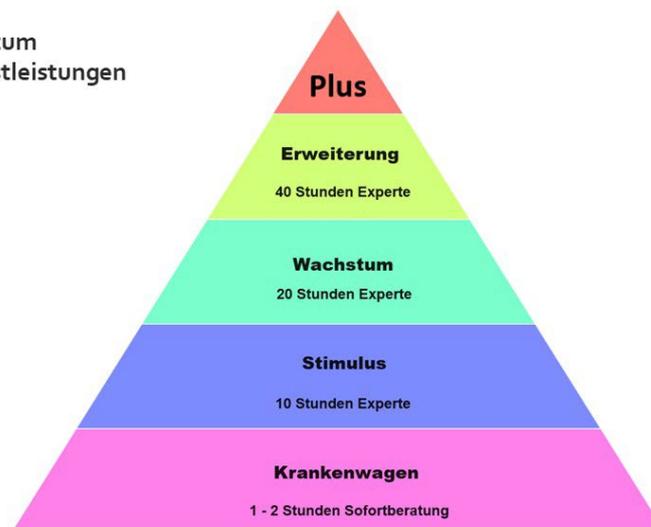
Investor	Theme	Investment amount	Vaihe	Completion year
Acgo	Other	70,000,000 €	2. Investment decision	2025
HydRe	Hydrogen	5,000,000 €	2. Investment decision	2025
Lempäälän Lämpö	Energy storage	0 €	1. Planning	2026
Linjateräs Oy	Other	26,000,000 €	1. Planning	2025
Narvan Biokaasu Oy	Biogas	2,000,000 €	1. Planning	-
Nevel	Heat pumps	0 €	3. Start of operations	2023
Total		362,000,000 €		

Source: EK, vihreät investoinnit; Syke, päästöt

WIR BAUEN EIN INNOVATIONSÖKOSYSTEM AUF



Firmenwachstum
INOVIA-Dienstleistungen





Businessakademie #3

Thema

Prozessmanagement in der Praxis

26. MAREC 2024

9:00 - 11:00
online



Wir helfen geschäftstreibenden Menschen, die Welt zu verbessern.

LEKTOR

Soňa
Ondrejková

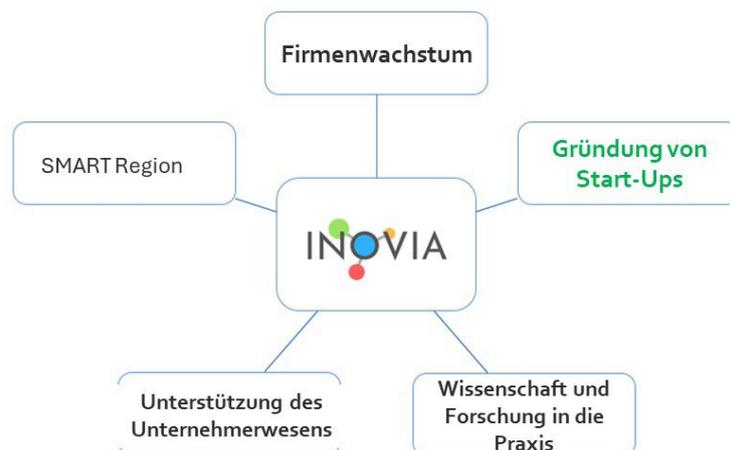


Innovationsfestival



Innovationen der Region Žilina

WIR BAUEN EIN INNOVATIONSÖKOSystem AUF



Startup Weekend



Startup Workshops



Startup Forum



CALL FOR STARTUPS CEE STARTUP VOUCHER

40.000 € IN PRIZES

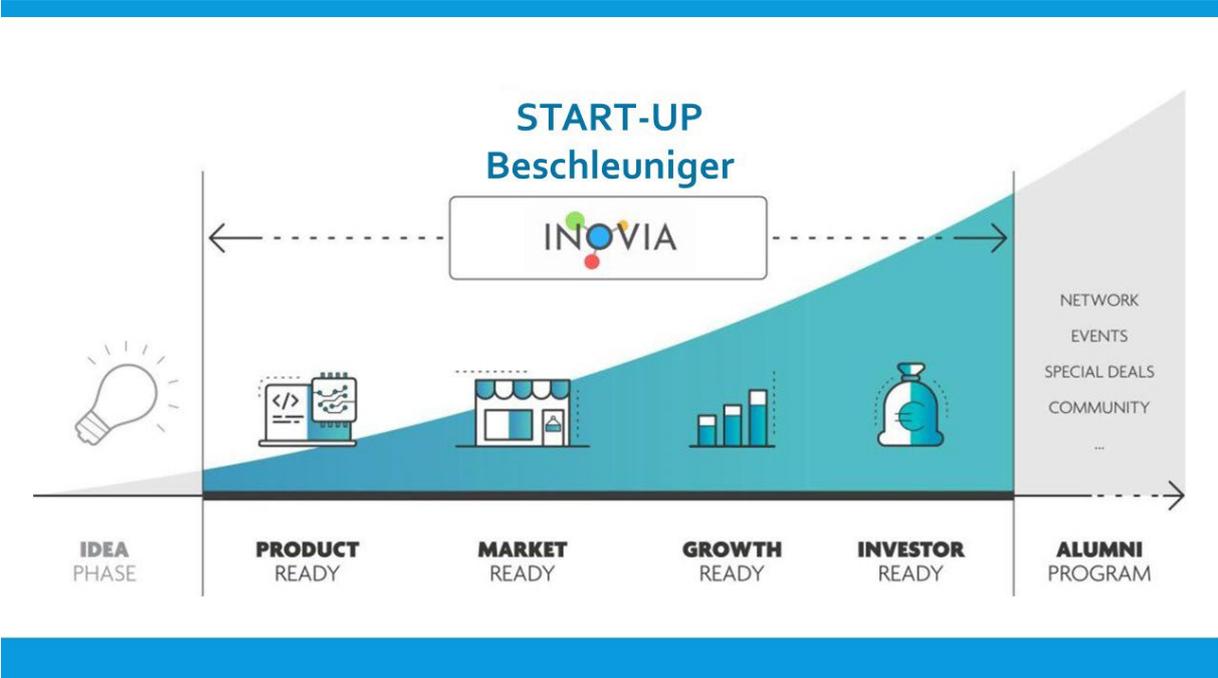
THEMATIC VOUCHERS

STRATEGIC PARTNERSHIPS

INTERNATIONAL EXPOSURE

LAUNCHPAD FOR INNOVATORS

Deadline for submission:
8th October 2023



AT'CRYSTALS

bezmaklérov

iT COURSES

Repetit

Umevia™
Book Artists for your events!

CloseRocket

archee SPEARhydro

WIR BAUEN EIN INNOVATIONSÖKOSYSTEM AUF



Beruf Unternehmer

WIR BAUEN EIN INNOVATIONSÖKOSYSTEM AUF



INOVIA FÜR DIE SELBSVERWALTUNG



ServiceDesk



Energiegemeinschaft

KRIT



Blaugrüne
Maßnahmen



Parkpolitik



CLIMAAX

Librario

Digitaler Leserausweis

Nützlicher Bücherausweis mit vielen Vorteilen

Der digitale Mitgliedsausweis ist eine smarte Lösung für Bücherausweise. Der Leser hat alle Informationen über seine Bücher in seinem Handy. Die Bücherei bekommt ein nützliches Tool für die Kommunikation mit ihren Kunden.

-  Digitaler Mitgliedsausweis
-  Kommunikationsmittel, Push-Benachrichtigungen, automatische Erinnerungen
-  Verwaltung des Einzugs der Mitgliedsbeiträge
-  Aktuelle Ausleihen und ihr Stand
-  Beacon und GPS-Notifikationen
-  Vorteilskarte



Powered by
paysy

Govern:yo

Online-Subventionssystem

Es vereinfacht die Verwaltung, verringert den Zeitaufwand und ermöglicht eine fortlaufende Kontrolle autorisierter Ausgaben in Echtzeit.

System zum Subventionsmanagement passend für Verwaltung, öffentliche Institutionen, Sportverbände und andere Einrichtungen, welche Subventionen bereitstellen.

- ✓ Elektronisches Subventionsmanagement
- ✓ Datenanalyse und Exporte
- ✓ Prozessautomatisierung
 - Bewertung von Anwendungen/Kriterien
 - Erstellung von Verträgen
 - Abschlussberichte
 - Zentralisierte Kommunikation
- ✓ Komplexe Online-Subventionsabrechnungen
- ✓ Abrechnungskontrolle fortlaufend in Echtzeit
- ✓ Struktur förderfähiger Ausgaben
- ✓ Elektronische Unterschrift
- ✓ Fachkompetenz und Konsultation

Derzeit in: Selbstverwaltete Region Žilina, Košice, Martin, Ružomberok, Dolný Kubín, Senec, Trstená

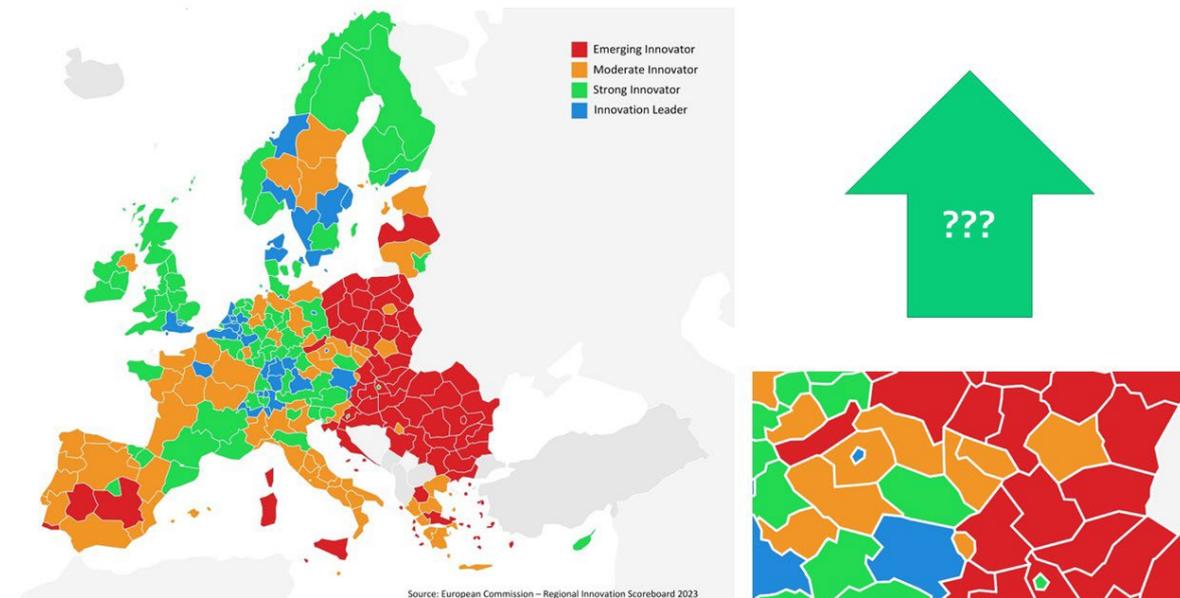
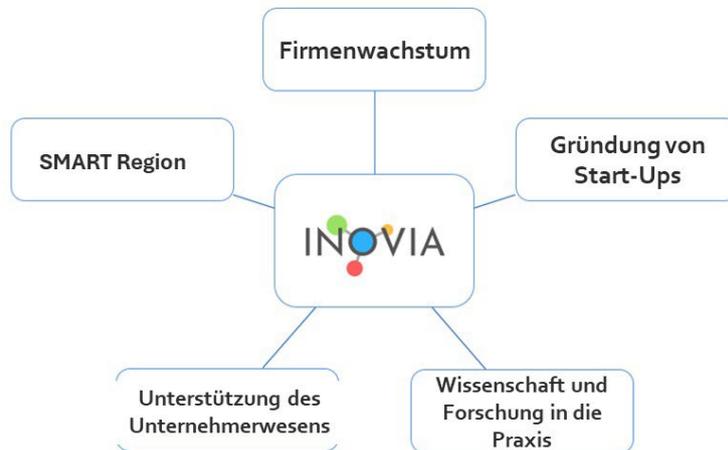
Govern:yo

Digitale Bürgerkarte

Möglichkeit, seine Bürger durch nützliche Vorteile zu motivieren, einen dauerhaften Wohnsitz in der Stadt zu beantragen

- ✓ Der Bürger hat alle Informationen über Dienstleistungen und Veranstaltungen "unter einem Dach"
- ✓ Konnektivität mit bestehenden Systemen und Dienstleistungen in der Stadt, zum Beispiel: IS Korwin
- ✓ Kommunikationskanal mit der Möglichkeit des Versendens gezielter Benachrichtigung, zum Beispiel: Gratulationen oder Umfragen
- ✓ Weitere nützliche Verbindungen zu Dienstleistungen, welche deine Stadt bereitstellt:
 - o Parken, Erheben von Steuern und Gebühren, Müllabfuhr
 - o Reservierungssystem für Sportplätze und Kulturstätten, Amtstermine
 - o Kartenverkauf für städtische Veranstaltungen, Kino, Theater, Jahrmärkte, Märkte
- ✓ Persönliche Identifizierung der Bürger per QR-Code
- ✓ Apple Wallet/Google Wallet und einfache Verteilung (email, SMS, QR-Code, Registrierung)

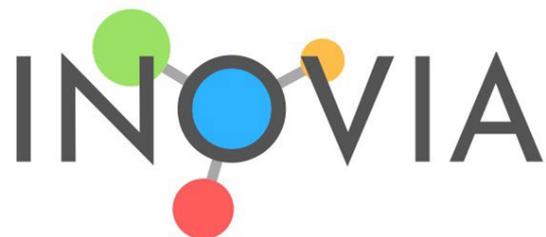
WIR BAUEN EIN INNOVATIONSÖKOSYSTEM AUF



WAS IST NÖTIG ?

- Wachstumsmindset – Firmen und öffentlicher Sektor
- Daten als Grundlage für die Entscheidungsfindung
- Pro-aktive Verwaltung – weniger Bürokratie, strategische Projekte
- Konsens und Zusammenarbeit
- Funktionierende Infrastruktur
- Vom Wachstum zur Nachhaltigkeit (environmentale und soziale)
- Unterstützendes Ökosystem (know-how, Finanzen)
- Orchestrator des regionalen Ökosystems (Dezentralisierung)

**Wir helfen geschäftstreibenden Menschen,
die Welt zu verbessern.**



Vlastimil KOCIÁN

Praktische Aspekte gesundheitlich-sozialer Versorgung

doc. PhDr. Irena Kamanová, PhD., MPH. – Katholische Universität in Rosenberg (KU)

Praktische Aspekte der Sozial- und Gesundheitsfürsorge

Irena Kamanová

Abteilung für Soziale Arbeit Fakultät für Bildungswissenschaften Katholische Universität in Rosenberg
9.5.2024



Sozialschutz

Sammlung aller Instrumente zur Absicherung der Intentionen des Sozialschutzes:

- Lösung ungünstiger Lebenssituationen, welche zu finanziellen oder sozialen Notsituationen führen, welche Bürger nicht aus eigener Kraft lösen können.

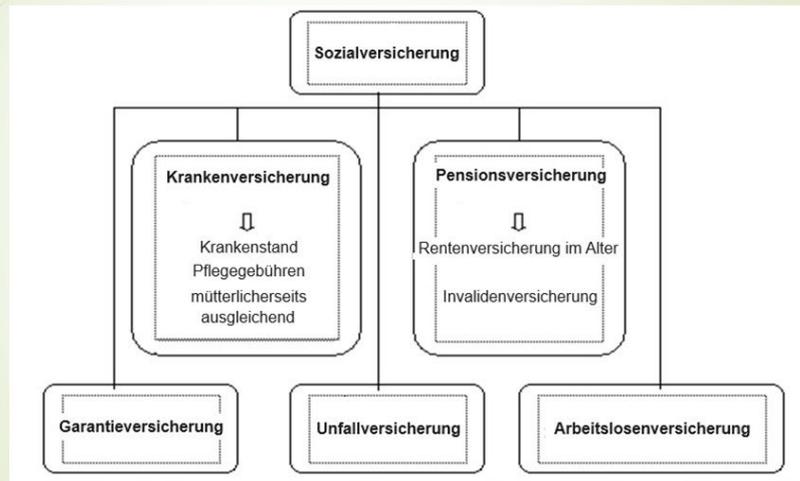
Soziale Absicherung:

- Gesamtheit rechtlicher, finanzieller und organisatorischer Instrumente und Maßnahmen, welche darauf ausgelegt sind, ungünstige finanzielle und soziale Auswirkungen zu kompensieren oder ihnen entgegenzuwirken.

Soziale Ereignisse

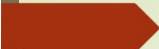
- Risiko, welches gesellschaftlich als belastend anerkannt ist und gesellschaftlichen Schutz erfordert, da das eingeschränkte Individuum nicht fähig ist, die Folgen des Ereignisses abzuwenden.
- Lebenssituationen, welche öffentlich-rechtlich anerkannt sind und in Verbindung mit Sozialmaßnahmen zugunsten des Bedürftigen stehen.
- Hängen zusammen mit:
 - Gesundheitlichem Zustand,
 - Familie,
 - Arbeitslosigkeit,
 - Alter,
 - Notbedarf,
 - fehlender Integration.

Sozialversicherung, Anspruch und Beitragspflicht



Staatliche Sozialunterstützung anspruchs- und beitragsfrei

- Finanzielle Unterstützung für den Einzelnen und besonders Familien in spezifischen Lebenssituationen, welche unerwartet eintreffen.
- Knüpft an das universelle bürgerliche Prinzip an und ist nicht gebunden zum Abzug von Beiträgen vom Arbeitseinkommen.
- Zugaben und Zuschüsse in Zusammenhang mit der Geburt, Mutterschaft, Elternschaft bis hin zum Tod.
- Bestattungsgeld 79,77 Euro.



Sozialhilfe

Anspruchs- und beitragsfrei

- Hilfe für Bürger in einer Notlage (materieller, sozialer Art), um ihre Bedürfnisse im notwendigen oder angemessenen Umfang zu befriedigen.
- Der Staat hilft denen, welche nachweislich Hilfe benötigen und nicht aus eigener Kraft dazu fähig sind, eine gegebene Situation zu bewältigen.
- Formen der Sozialhilfe: Beratungen, Prävention, soziale Dienstleistungen, Kompensierungen bei Schwerbehinderungen, Vorteile in materieller Not, sozialrechtlicher Schutz und sozialer Vormund.



Kommunale Sozialpolitik

- Position ergibt sich anhand ihrer Stellung mit Bezug zur Politik der verschiedenen Ebenen – international, national, regional, örtlich, gemeinschaftlich.
- Reflektiert die spezifische Politik (egal ob wirtschaftlich, sozial, bildungstechnisch, umweltlich, gesundheitlich oder andere), welche auf verschiedenen Ebenen ausgeführt wurde.
- Strategische Dokumente, Pläne, Strategien, Konzeptionen zum B. :
 - *Programmerklärung der Regierung 2021-2024,*
 - *Nationale Prioritäten für die Entwicklung sozialer Dienste bis 2030,*
 - *Konzept der Entwicklung sozialer Dienste,*
 - *PHSR, Territorialpläne,*
 - *Gemeinschaftspläne des Dorfes/der Stadt.*



Sozial- und Gesundheitsfürsorge

- Unterlief mehreren Veränderungen legislativer Normen.
- Von Fürsorge zu Hilfe und individuellen Bedürfnissen.
- Der Anteil Bürger, welche langfristige oder palliative Pflege benötigen erhöht sich.
- Versuche sich darauf einzustellen seit dem Jahre 2009, z.B. Gesetz sozialer Dienstleistungen oder Gesetz zur Kompensierung schwerer körperlicher Einschränkungen.



Strategien langjähriger Fürsorge Herausforderungen und Probleme

- 1. Abstinenz einer funktionierenden Verbindung zwischen sozialer und gesundheitlicher Fürsorge.
- 2. Uneinheitliche und unsystematische Bewertung des Schweregrades körperlicher Beeinträchtigungen und des Bedarfs langjähriger Pflege.
- 3. Fehlen langjähriger Dienstleistungen, von Folge- und Palliativpflege, besonders Dienstleistungen gesellschaftlichen Typs.
- 4. Uneffektive Finanzierung.
- 5. Nicht funktionierendes System im Hinblick auf soziale Fürsorge, inklusive Pflege vor Ort.
- 6. Mangelnde Vorbereitung der Praxen und Einrichtungen für soziale Dienstleistungen im Falle des Isolationsbedarf eines Klienten/Patienten.
- 7. Mangelhaftes Niveau der Anwendung und Implementierung von Telemedizin und Ferndiagnosen.
- 8. Fehlende Gesetzgebung bezüglich des letzten Patientenwunsches, inbegriffen Bereiche der Langzeitpflege.
- 9. Fehlendes Management nach Aufenthaltsende auf der Intensivstation.



Strategische Maßnahmen der Langzeitpflege in der Slowakei

Reformen:

- 1. Reform der Integrierung und Finanzierung gesundheitlicher, sowie sozialer Fürsorge.
- 2. Reform von Gutachtertätigkeiten.
- 3. Erweiterung und Erneuerungen der Kapazitäten von Folge-, Langzeit- und Palliativpflege mit Hinblick auf den Bedarf und Präferenzen der betroffenen Bevölkerung.
- 4. Aufsichtsreform in der sozialen Betreuung.

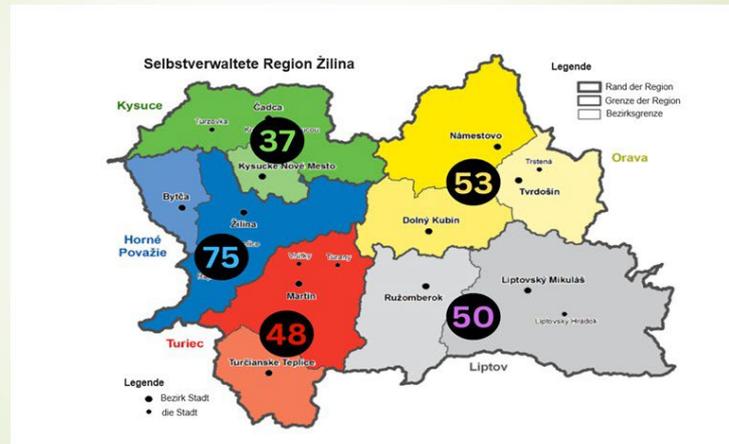


Strategische Maßnahmen der Langzeitpflege in der Slowakei

Investitionen:

- 1. Erweiterung der gemeindenahen Betreuungskapazitäten.
- 2. Erweiterung und Erneuerung der Kapazitäten in Folge- und pflegerische Betreuung.
- 3. Erweiterung und Erneuerung der Kapazitäten in der Palliativpflege.
- 4. Aufbau einer Infrastruktur für die Absicherung der Aufsicht der Sozialhilfe.
- 5. Digitalisierung und Leistungsunterstützung für die begutachtete Person.

Anbieter von Wohnformen sozialer Dienstleistungen in der Selbstverwaltungsregion Žilina



Fallbeispiel

- Elternteil, 76 Jahre, mit Alzheimer und Mobilitätseinschränkung
- 2 arbeitende Kinder
- Wer kümmert sich um Elternteil ?
- Die Familie:
 - A) kann sich darum kümmern
 - B) kann sich nicht darum kümmern
 - C) möchte sich nicht darum kümmern

A/ kann sich darum kümmern

- Die Familie beantragt bei der Gemeinde die Bereitstellung eines häuslichen Pflegedienstes (ursprüngliche Zuständigkeit)
- Sozialdienst zahlt 1,50 – 3,0 €/Stunde (allgemein verbindliche Vorschrift)
- Beurteilung, Entscheidung über die Abhängigkeit für den Sozialdienst – Gemeinde/Stadt
- Ambulanter Sozialdienst – täglich stationär
- Mobilität: Bargeldzuschuss für den Transport, Hilfsmittel - Zentrale für Arbeit, Soziales und Familie (UPSVaR), Hilfsmittel wie ZP-Versicherter / Rollstuhl, Positionierungsbett, Lifter, Toilettensitz ...
- Gesundheitszustand verschlechtert: Pflegegeld (569,00 €), Sozialleistungen entfallen
- Wenn der Geldzuschuss erhalten wird – Hilfsdienst

B/ kann sich nicht darum kümmern

- Sie braucht einen Spezialisten
- Heimaufsichtsdienst
- Ambulanter Sozialdienst - täglich stationär
- Verschlechtert sich der Gesundheitszustand:
 - Sozialdienst am Wohnort – spezialisierte Einrichtungen – Bezirk als öffentlicher Bereitsteller, privat
 - Erstattung sozialer Dienstleistungen nach EON
 - Es kann eine pflegerische Betreuung erfolgen

C/ möchte sich nicht darum kümmern

- Unterschiedlichste Gründe - wir urteilen nicht über die Familie, Beratung ?!
- Beantragen eine Stellungnahme und eine Entscheidung über die Abhängigkeit vom Bezirksozialdienst an
- Sofortige Platzierung in einer Sondereinrichtung
- Langzeitpflege (Behandlung eines Familienmitglieds nach Krankenhausaufenthalt) – 90 Tage
- Familie als Teammitglied in der Einrichtung, arbeitet die Biografie aus, Anamnese
- Langzeitpflege – individueller Ansatz-Konzepte (basale Stimulation, Sinnesanregungen, Validierung Naomi Feil, Reminiszenz, ...)
- SLOWAKISCHE ALZHEIMERGESELLSCHAFT

Bezahlung für Sozialleistungen

- Laut EON (wirtschaftlich zuschussfähige Kosten)
- Nach Zahlung des EON müssen mindestens 25 % des Lebensunterhaltsbetrags übrig bleiben: 46,90 € (Lebensunterhaltsbetrag 187,57 €)
- Auszahlung des Wohngeldes 600-900 € (Monat)
- Rentenhöhe: durchschnittlich 650-700 €
- Die Familie zahlt (vertraglich) extra, das Familiengesetz
- Als Anspruch auf Erbschaft



Abschluss

1. Reform der Integration und Finanzierung der Gesundheits- und Sozialfürsorge
 - Ungeklärt, Leistungen werden von der Krankenversicherung übernommen, Höhe des Zuschusses vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie,
2. Reform der Bewertungstätigkeit
 - Nationales Programm für Fachausbildung in Sozialarbeit, WHODAS,
3. Ausbau und Erneuerung der Nachsorge-, Langzeit- und Palliativversorgungskapazitäten
 - Sanierungsplan, Komponente 13, Bau/Wiederaufbau, Kapazität 30, DEI-Prozess
4. Reform der Sozialaufsicht
 - Gesetz Nr. 345/2022 Slg. zur Inspektion in sozialen Angelegenheiten



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

■ irena.kamanova@ku.sk

Instrumente zur Unterstützung kommunaler Selbstverwaltung

Dr. Christoph Richter – Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der Technischen Universität Dresden e. V. (EIPOS)

Instrumente zur Unterstützung kommunaler Selbstverwaltung

Internationales Kolloquium

„Kommunale Selbstverwaltung
als Impulsgeber für den
gesellschaftlichen Aufbruch
in Mitteleuropa“

EIPOS e.V.

Europäisches Institut für **post**graduale Bildung
an der Technischen Universität Dresden

Gründung am 1. September 1990

Heute: leistungsfähige Weiterbildungseinrichtung

berufsbegleitend

im deutschen Sprachraum anerkannt ()

An-Institut der TU Dresden

24 Jahre „EIPOS-Villa“

Historischer Stadtteil Dresden-Blasewitz
Goetheallee 24
Denkmalgeschützte Villa
im Landhausstil



© Dr. Hansel, Dr. Richter

Kolloquium Ruzomberok Mai 2024

Folie 3

EIPOS e.V.

- Alleinstellungsmerkmal
- maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote über mehrere Monate und Jahre
- integrierten Kommunikations-Lehrmodulen
- Kommunikationslehrgänge

© Dr. Hansel, Dr. Richter

Kolloquium Ruzomberok Mai 2024

Folie 4

EIPOS e.V.

- Erfahrungen im Bereich des Regionalmanagements und internationale Veranstaltungen
(z.B.1993 Kolloquium zur Entwicklung ländlicher Räume in Nitra)
- Entwicklung aktueller Weiterbildungsangebote aus dem Erfahrungsaustausch mit Teilnehmern und Praxispartnern
- z.B. im Umwelt- und Regional-management u.a. Master-und Bachelorstudiengang Regionalmanagement (in Kooperation mit der BOKU in Wien)

EIPOS e.V.

Portfolio zur Regionalentwicklung

Fachfortbildungen
Tagungen
Kolloquien
Update-Seminare
Exkursionen

Ergebnisse

- Generierung von Forschungsarbeiten,
- Überführung in die Praxis der Teilnehmer,
- Veröffentlichung wissenschaftlicher Beiträge.

EIPOS e.V.

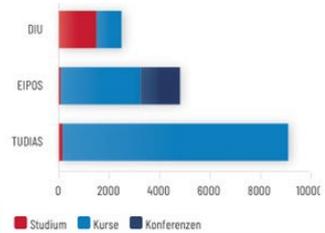
2012 Gründung der gemeinnützigen EIPOS GmbH

- ➔ Profilierung auf die Weiterbildung von Architekten, Ingenieuren, und Meistern zu **qualifizierten Experten und Sachverständigen** im Bereich des **Bauwesens**
- ➔ Entwicklung und Aufbau **EIPOSCERT GmbH** als **akkreditierte** und **unabhängige Personenzertifizierungsstelle für Sachverständige**
 - Immobilienbewertung
 - Schäden an Gebäuden
 - Vorbeugender Brandschutz
 - Gebäudetechnische Brandschutz

TUDAG
Aktiengesellschaft
der TU Dresden



World Trade Center
Dresdner Innenstadt
Freiberger Str. 37



EIPOS e.V.

letzte Jahre:

→ **Projektskizze**

"Stadt- und Regionalmanagement - Strategien zur Modernisierung von Stadt und Region".

→ **2019 Dachmarke**

„Kommunikationsforum Regionalmanagement“

Konzipierung einer Projektpartnerschaft mit
Bezirksverwaltung Usti nad Labem

Kerngedanke: Verbindung der Regionen Usti nad Labem
und der Oberlausitz – UKOL –
für eine grenzüberschreitende Kooperation.

Kolloquium Ružomberok

→ Problemstellungen definieren

→ Lösungen generieren

→ Themen selektieren für einen Erfahrungsaustausch

→ in unterschiedlichen Kommunikationsplattformen.

EIPOS e.V. - Angebote eruieren

Aus den **Erfahrungen kommunaler Führungskräfte**:

- ➔ Welche Unterstützung brauchen die Bürgermeister?
- ➔ Welche Diskussionsplattformen eignen sich?
- ➔ Welcher Zeitfaktor ist zu berücksichtigen?
- ➔ Welche Örtlichkeiten (WTC, extern)?
- ➔ Welche technischen Potentiale sind vorhanden?

EIPOS e.V. – Ziele

- ➔ Ableitung eines Weiterbildungsbedarfes und der Weiterbildungsformen
- ➔ gezielt für den Personenkreis der kommunalen Führungskräfte
- ➔ Partnerschaft mit kommunalen Gremien (Fach-Arbeitsgruppen)
- ➔ **im nationalen und internationalen Kontext** zur Thematik kommunaler Selbstverwaltung in den Staaten Mitteleuropas

EIPOS e.V. – Definition des Bedarfs

- ➔ eine inhaltliche Analyse der Themenfelder
Wo stehen wir, was haben wir?
- ➔ die Setzung von Schwerpunkten
Wie wird gewichtet, welche Anforderungen?
- ➔ die gehandhabte Praxis im Führungsmanagement
Welche Erfahrungen liegen vor ?
- ➔ Erfahrungsdarstellung der eigenen Aktivitäten
Was machen wir schon selbst?
Was können wir?
- ➔ Wie und womit kann EIPOS unterstützen
Welche Formen sind die geeignetsten?

Kommunikation als Führungsinstrument

- ➔ Welche **Diskussionsplattformen** und **Netzwerke** sind vorhanden – und welche sind neu zu schaffen?
- ➔ Hier sollen Probleme diskutiert werden
intern auf voller Vertrauensbasis
durchaus auch konträr.
- ➔ Hier sollen **neue Impulse gesetzt**
und **Lösungen generiert** werden,
Kompromissbereitschaft erforderlich.

EIPOS e.V. – Organisationsformen

Je nach **Zielstellung, Inhalt und Personenkreis** kommen vielfältige **Organisationsformen** in Frage

- Seminare,
- (Kolloquien),
- Workshops,
- Planspiele,
- Fallbeispiele,
- Clubgespräche,
- Kaminabende,
- spezielle Übungen, u.a. Führungstraining.

Zielstellung des Kolloquiums

- Erfahrungsschatz der Kommunalpolitiker nutzen
- **praktische Lösungsansätze für eine tatsächliche Selbstverwaltung der Kommunen finden**
- zu berücksichtigen: Städte und Gemeinden, Landkreise und Regionen im permanenten Wandel der Zivilgesellschaft in Mitteleuropa

Bedarfsorientierte Weiterbildung

Impulsreferat von OB Prof. Große

EIPOS bietet seine Unterstützung an

- um die Position der kommunalen Selbstverwaltung für das Auftreten der Staaten Mitteleuropas gegenüber der EU zu bestimmen
- eingebunden in eine neue Denkfabrik (Think-Tank) für Mitteleuropa.
- Kräfte bündeln – Hilfe zur Selbsthilfe

Morgen geht's weiter:

Themengruppe 3:

Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung

Diskussion zu den hier aufgeworfenen Fragen

Schloss Kuckuckstein 1300 Jahre alt
am alten Handelsweg zwischen Sachsen und Böhmen



SMARTe Lösungen - eine Antwort auf aktuelle Herausforderungen

Mgr. Igor Wzoš – Slovak Smart City Cluster (SSCC)

SMARTe Lösungen – eine Antwort auf aktuelle Herausforderungen

Modehit oder Chance ?

Igor WZOŠ

Vorstandsvorsitzender der Vereinigung
Slovak Smart City Cluster



„SMART“ ist das Integrieren verschiedener Systeme, sowie die Arbeit mit Daten für bessere und verantwortungsvollere Entscheidungen

„SMART“ ist technikunterstützter gesunder Menschenverstand



WARUM SMART SEIN ?



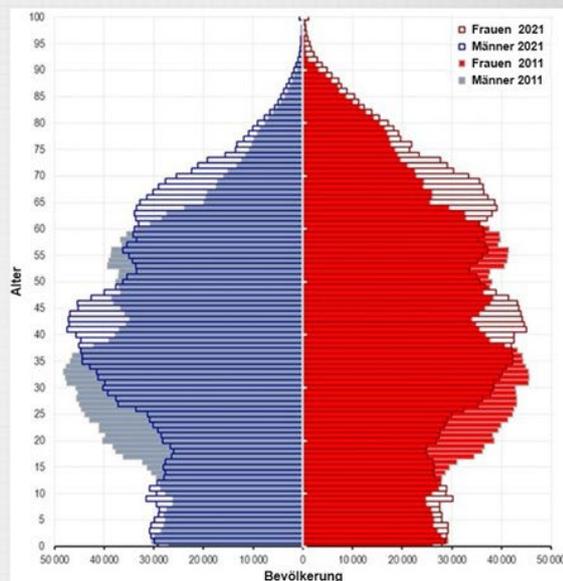
Herausforderungen des 21. Jahrhunderts:

- Digitale Revolution
- INTERNET DER DINGE (IoT)
- Robotisierung
- Blockchain-Technologien
- Informations-und Kommunikationstechnik
- Open Data
- ELEKTROMOBILITÄT
- UMWELT
- DEMOGRAFIE
- COVID 19
- KRIEG IN DER UKRAINE
- KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (AI)
- GENERATION Y, Z UND ALFA



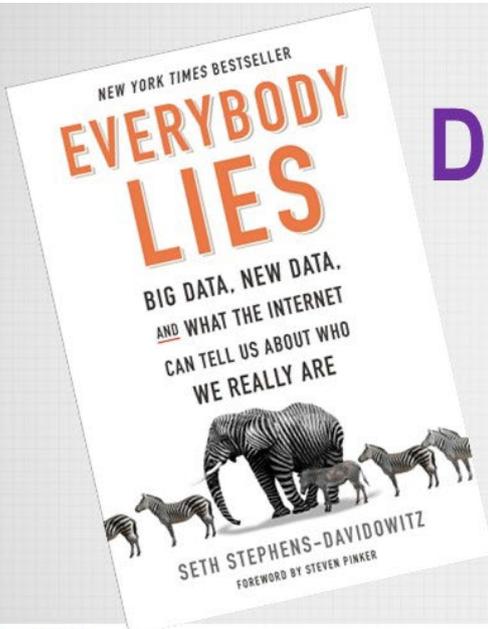
DEMOGRAFIE

Alterspyramide der Slowakei zwischen 2011 und 2021



GENERATION BABY BOOMERS, X, Y, Z, ALFA

GENERATION BABY BOOMERS (1946 – 1964) Nachkriegsgeneration	GENERATION X (1965 – 1979) Husáks Kinder	GENERATION Y (1980 – 1995) Millennials	GENERATION Z (1996 – 2009) post-Millennials - Zoomeri	GENERATION ALFA (2010 – súčasnosť) Screenedžeri - Gläserne Generation
Baby Boomer sind bekannt für ihre Arbeitsmoral und Loyalität zum Arbeitgeber. Wuchsen auf in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, in welcher sich die Welt erneuten Aufblühens und Optimismus erfreuen konnte. Werden oft als die Generation bezeichnet, welche moderne Konsumgewohnheiten begründete. Werden als eher traditionell empfunden und haben einen ausgeprägten Sinn für kollektive Identität.	Diese Generation ist bekannt für ihre Selbstständigkeit und Anpassungsfähigkeit Sie wuchsen auf in einer Zeit politischer Veränderungen und wirtschaftlichen Schwankungen, wodurch sie lernten, flexibel und selbstständig zu sein. Gelten als erste Generation, welche die massenhafte Verbreitung von Computertechnik miterlebt hat. Ihre Kindheit weist jedoch große Unterschiede zum digitalen Zeitalter auf.	Werden oft als technisch begabt, wertorientiert und suchend nach einer sinnvollen Arbeit bezeichnet. Wuchsen auf während einer schnellen Entwicklung des Internets und digitaler Technologien, was ihre Art der Kommunikation, des Arbeitens und Einkaufens beeinflusste. Sind bekannt für ihre Ansprüche an eine gute "Work-Life-Balance" und gemeinsame Verantwortung.	Die erste wahrhaft digitale Generation, für welche soziale Medien, Internet und mobile Technologien von Geburt an eine Selbstverständlichkeit sind. Werden als digital begabt und einflussreich wahrgenommen. Sie schauen mit Vorsicht in die Zukunft. Haben einen ausgeprägten Sinn für Individualismus und Diversität, während sie großen Wert auf Inklusion und soziale Gerechtigkeit legen.	Auch wenn es noch zu früh für eine vollständige Charakterisierung dieser Generation ist wird erwartet, dass sie noch technologisch integrierter als ihre Vorgängergenerationen werden. Höchstwahrscheinlich werden sie in einem verbundenen und multimedialen Umfeld aufwachsen. Es wird erwartet, dass sie noch anpassungsfähiger an Veränderungen und vielleicht noch orientierter an globale und ökologische Probleme werden.



Daten sind das Öl der Zukunft

DAS PROBLEM VON BIG DATA



VERHALTENSINNOVATIONEN

Befassen sich mit angewandten Kenntnissen aus der Verhaltenswissenschaft zum Vorschlag von Produkten, Dienstleistungen, Politiken und Systemen zur stärkeren Berücksichtigung menschlichen Verhaltens und Entscheidungsfällung.

Grundvoraussetzung ist, **dass Menschen oft nicht rational entscheiden**. Ihr Verhalten ist beeinflusst durch verschiedenste psychologische, soziale & emotionale Faktoren.



NUDGE-THEORIE

Nudge (dt. Anstiftung) beinhaltet leichte Anregungen oder Änderungen bei der Auswahlgestaltung, welche Menschen zu besseren Entscheidungen leiten, ohne dabei ihre Auswahl einzuschränken.

Die Nudge-Theorie findet Anwendung auch in den Bereichen Umwelt und Energie



“NUDGES” UND STRATEGIEN ZUM ENERGIESPAREN

- Sozialer Vergleich
- Direktes Feedback
- Voreingestellte Energiesparmöglichkeiten
- Ziele und Belohnungen
- Einfache Veränderungen im Haushalt
- Hervorheben langfristiger Einsparungen
- Betonung der Auswirkungen auf die Umwelt



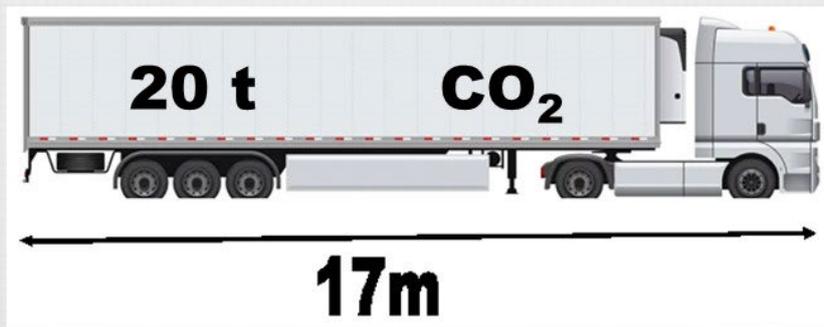
STELLEN SIE SICH VOR, DASS WIR IN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN 10% ENERGIE SPAREN

- 15435 öffentliche Gebäude
- 40% Anteil am Endenergieverbrauch
- Wärmeverbrauch pro m³ = 58kWh
- Gesamtvolumen = 114703652m³
- Gesamter Wärmeverbrauch = 6 652 774 000 kWh
- 1 kWh prod. Wärme verursacht im Schnitt einen Ausstoß von 0,2kg CO₂



10% = 133 055 000 Kg CO₂ = 6652 LKW

10 % = 2 °C



6652 LKW X 17 M = 144 Km

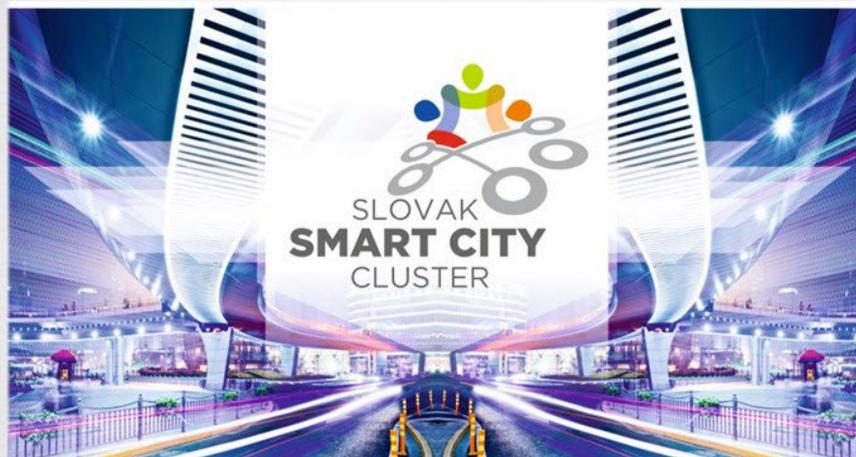


SLOVAK SMART CITY CLUSTER

EFFEKTIVE KOMMUNIKATION, PARTNERSCHAFT UND ZUSAMMENARBEIT BEIM ERSTELLEN VON KONZEPTIONEN DER SMART CITIES



GEMEINNÜTZIGER INTERESSENVERBAND JURISTISCHER PERSONEN



ZIELE DES VERBANDS

UNTERSTÜTZUNG

Propagieren und
Bewusstseinssteigerung über
das Konzept „Smart City“

GEMEINSAME TÄTIGKEIT

Mit anderen Organisationen und
Interessenverbänden mit ähnlichem
Tätigkeitsfeld



VERBINDEN

Öffentlich-rechtlicher, verwaltender,
akademischer und kommerzieller
Sphäre im Bereich „Smart-City“

ZUSAMMENARBEIT

Mit Organen der staatlichen und
örtlichen Verwaltung bei der
Vorbereitung und Ergänzung
relevanter rechtlicher Normen



SLOVAK SMART CITY CLUSTER

- Gründung 2016
- 20 Mitglieder (7 Firmen, 6 Gemeinden, 3 Universitäten, 4 Andere)
- Konferenzen, Workshops, Ausbildung (Metroonline, Wie geht es weiter mit der Energie in Selbstverwaltungen, ...)
- Making City – Positive Energy District (PED)
- Internationales Projekt der Cluster V4: “S4S - Smart V4 Strategies”
- European Cluster Collaboration Platform (ECCP)
- Memorandum über eine Zusammenarbeit mit dem slowakischen Zentrum für digitale Innovationen, EDIH, ZMOS



SLOVAK SMART CITY CLUSTER

- Akkreditierter Studiengang des slowakischen Bildungsministeriums „Smart City Spezialist“
- Teilnahme an Projekten (Praktika für Universitäten - SARIO, internationales Projekt der Cluster V4 “S4S: Smart V4 Strategies, Making City...)
- Vorbereitung strategischer Dokumente (Smart Strategie der Stadt Trenčín, TSK, Einweihungsunterlagen für Digitalisierungsprojekte, ...)
- Zusammenarbeit und Vernetzung (V4, Spectra Center der Exzellenz neben der STU in Bratislava, ...)
- Workshops, Konferenzen, Ausbildung, ...



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT



Ergebnisse von runden Tischen

Thema 1: Visionen der Stadtentwicklung und der Zusammenarbeit

WAS?

Die Teilnehmer des Kolloquiums initiieren die Schaffung einer Plattform kommunaler Selbstverwaltungen in der Mitte Europas, im Zentrum nicht nur geographisch, sondern auch im Denken!

Name: COM-CENT

Kommunen im Mittelpunkt / in der Mitte Europas, Communities in Center / Central Europe

WAS SIND DIE ZIELE?

- Gemeinsame Suche nach Lösungen für selbstbestimmte Kommunen als Reaktion auf ihre aktuellen Herausforderungen und Probleme.
- Gemeinsame Suche nach Kooperationen zwischen kommunaler, nationaler und europäischer Ebene.
- Identifizierung und Aktivierung von Potenzialen zur Steigerung der Lebensqualität der Bewohner von Dörfern und Städten.
- Suche nach gemeinsamen neuen Ansätzen/Denkweisen, die für neue Probleme und Herausforderungen erforderlich sind, Übergang vom Konflikt zur Zusammenarbeit und von allgemeinen zu spezifischen (maßgeschneiderten) Lösungen.

WIE?

1. Schaffung einer gemeinsamen Plattform – Think-Tank, als Dachkooperationsplattform zur Definition gemeinsamer Interessensbereiche der Partner der Initiative und zur Ermittlung, wo und welche Art der Zusammenarbeit wirksam sein und einen Mehrwert für Kommunen und Städte bringen kann. Diese Plattform sollte strukturiert funktionieren:
 - a) Problemorientierte Arbeitsgruppen,
 - b) Projektpartnerschaften, Vermittlung des Aufbaus von Partnerschaften zur Nutzung von Fördermöglichkeiten durch Interreg, Urbact und andere Programme,
 - c) Living Labs (lebende Labore) schaffend ein Umfeld für die Umsetzung neuer spezifischer und innovativer Lösungen, deren experimentelle Erprobung als Grundlage für einen effektiven Transfer.

Die Aktivitäten dieser Plattform sollten Auswirkungen nach innen auf die Kommunen haben und die Entstehung einer selbstlernenden, selbstmotivierenden Gemeinschaft unterstützen, aber auch nach außen, indem sie andere Städte und Gemeinden in der EU ansprechen.

2. Finden von Ressourcen für den Beginn einer Zusammenarbeit (finanziell, personell, institutionell...) und anschließende nachhaltige Fortsetzung der Zusammenarbeit
3. Aufbau einer Partnerschaft und Angebote der Zusammenarbeit für andere Einheiten nicht nur zwischen Kommunalverwaltungen, sondern auch Regionalregierungen, Landesverwaltungen, akademischen Einrichtungen, dem Unternehmenssektor und dem dritten Sektor.

Thema 2: (Infra)struktur der sozialen Zukunft in Mitteleuropa

WAS?

Paradigma: Die Würde des Menschen

Vision: Längst möglicher Aufenthalt pflegebedürftiger Personen im heimischen Umfeld

WAS SIND DIE ZIELE?

- Barrierefreiheit, Digitalisierung sozialer Dienstleistungen
- Integrieren von Dienstleistungen – gesundheitliche-soziale - öffentliche-in der Selbstverwaltung, Silberwirtschaft
- Standardisierung und Monitoring der Qualität gesundheitlich-sozialer Dienstleistungen
- Bildung von Kommunen, Erweiterung der Formen sozialer Dienstleistungen

WIE?

1. **Barrierefreiheit** - Entfernen von Barrieren, z. B. architektonisch, kommunikativ, sozial und kulturell, des Umfelds, usw. ...
2. **Digitalisierung sozialer Dienstleistungen** - Wohnen in kleinen Wohnungen innerhalb einer Kommune mit Verfügbarkeit gesundheitlich- sozialer Fürsorge, Einführung eines nicht-invasiven Monitorings und künstlicher Intelligenz in die Dienstleistungen, z. B. Langzeit-EKG, funktionelle Armbänder, Radar, usw. Einführung eines integrierten Systems für Datenübertragung zwischen gesundheitlichem, sozialem, Anbietern, Resorts im Gesundheits- und Sozialwesen.
3. **Integrieren von Dienstleistungen – gesundheitliche-soziale - öffentliche-in der Selbstverwaltung**, zu wie B. Erweiterung des Screenings (Durchsuchens) auf alle Zielgruppen in einer Kommune, Beratungsangebote auf allen Verwaltungsebenen und Anpassung an den Aufbau der Gesellschaftstypen in sozialen Dienstleistungen.
4. **Silberwirtschaft** - Hauptaufgabe sind Raum für Arbeitsmöglichkeiten für Rentner schaffen und Verbindung der Generationen.
5. **Standardisierung und Monitoring der Qualität gesundheitlich-sozialer Dienstleistungen** - Standards als messbare Indikatoren, Katalogs für Vorgehensweisen, Leistungen, Prozesse für einfache Formen und Arten sozialer Dienstleistungen geordnet nach Zielgruppen und Standardisierung der Beurteilung der Pflegeabhängigkeit. Einführung Subventionsregelungen nach Qualitätszertifikaten für Anbieter sozialer Dienstleistungen.
6. **Bildung von Kommunen** - Einführung von Programmen sozialer Dienstleistungen für die Kommune und Auswahl einiger politischer Instrumente der Agentur für Arbeit (Graduiertenpraktikum nach Abschluss Sek 1/ Sek 2) als Vorbereitung auf den zukünftigen Beruf.
7. **Erweiterung der Formen sozialer Dienstleistungen** - Einführen der Entlohnung von Arbeitenden im Dienst als Motivationsfaktor für Fachkräfte im Gesundheitswesen, Sozialwesen, sozialen Bereich. Einführung einer spezialisierten Ausbildung im Erzieherwesen, Realisierung der Langzeitpflege über legislative Normen und Raum schaffen für akute Betten in stationären Formen der sozialen Dienstleistungen. Einstellen einer systematischen Finanzierung der sozialen Dienstleistungen im Rahmen des Staates, Schaffen von Arbeitsmöglichkeiten für Klienten, damit sie die Kosten der sozialen Dienstleistung abdecken können und Zusammenarbeit strategischer Partner in der Kommune.

Thema 3: Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung

WAS?

Die Bürgermeister (BM) aus ihrem Tagesgeschäft herausgeholt werden. Während es für die zweite Führungsebene Weiterbildungsangebote gibt, gibt es keine analogen Formate für die Bürgermeister selbst.

Aktuell ist der Leerstand in den Innenstädten ein weit verbreitetes Problem und wird als Auftaktthema vorgeschlagen. Das Problem Leerstand gibt es überall in unseren Ländern. In der Slowakei wird vieles staatlicherseits geregelt, in Ungarn sind innerstädtische Immobilien meist in kommunaler Hand (z. B. Sopron). Kommunen sollen entsprechende Immobilien kaufen.

WAS SIND DIE ZIELE?

- Erforderlich ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- Möglicher Plattformen für die Bürgermeister

WIE?

1. Zusammenarbeit - Erörterung der Ausgangslage

Es wird die Vertiefung der Zusammenarbeit STU – KU – EIPOS befürwortet, ergänzt durch eine Kooperation mit den Städte- und Gemeindetagen in Sachsen und der Slowakei.

Erforderlich ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

- a) z.B. hat Region Ostrava eine ähnliche Situation wie die Slowakei,
- b) über Scardobona Consultig Sopron gibt es ein Netzwerk mit ungarischen Städten und österreichischen Regionen, insbesondere im benachbarten Burgenland, aber auch zu TU Wien, Forschungsbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung,
- c) Befürwortet wird die Einbeziehung polnischer Partner, nach territorialen Gesichtspunkten sind die Schlesische Lausitz und ggf. weitere Gebiete im polnischen Niederschlesien interessant - Euroregion Neisse-Nisa-Nysa,
- d) Hauptthema war stets die Diskrepanz zwischen kommunalen Pflichten und der kommunalen Finanzausstattung. Schwerpunkte in der kommunalen Arbeit sind Schulen, Kindergärten und Straßen, dazu kommt in vielen Innenstädten das Problem des Leerstandes von Gewerbeimmobilien,
- e) Bürgermeister sind überwiegend operativ beschäftigt. Dabei kommen strategische Überlegungen und Visionen zu kurz. Bürgermeister brauchen Impulse, müssen auch 20 Jahre voraus denken können.

2. Diskussion möglicher Plattformen

Als Format wird die Fachtagung der BM vorgeschlagen, begrenzt auf 3 Tage / 2 Übernachtungen. Benötigt werden Simultandolmetscher. Möglicher Plattformen:

- a) Erster Schritt - Online-Zusammenkünfte durch EIPOS e.V. zu organisieren
- b) Zweiter Schritt - Fachtagung in einem neutralen Umfeld mit konkretem Thema

Terminvorschlag: um Christi Himmelfahrt 29. 05. 2025 oder um Pfingsten 8. - 9. 6. 2025

Resümee

Gemeinsam mit der Katholischen Universität Ružomberok (KU) und der Slowakischen Technischen Universität Bratislava (STU) führte das Europäische Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden e. V. (EIPOS) im Mai 2024 in der mittelslowakischen Stadt Ružomberok ein internationales Kolloquium mit Teilnehmern aus der Slowakei, Deutschland, Tschechien und Ungarn durch.

In den modernen Räumen der Katholischen Universität kamen 50 (Ober-) Bürgermeister-innen und Bürgermeister, Landräte, Vertreter von Wirtschaftsverbänden sowie Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen zusammen.

Es wurden Erfahrungen mit den Spielräumen der kommunalen Selbstverwaltung in den einzelnen Ländern ausgetauscht, dabei gemeinsame Probleme und Herausforderungen fixiert um die Kooperation zwischen den Städten und Gemeinden selbst, auch grenzüberschreitend auf europäischer Ebene aufzubauen.

Als gemeinsame Ziele definiert wurden die Erhaltung und Wiederherstellung der Freiheiten der Kommunen sowie die Aktivierung von Potentialen zur Steigerung der Lebensqualität für die Menschen den Mittel- und Kleinstädten sowie Gemeinden im ländlichen Raum, zur Schaffung guter Standortbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch zu sozialer Stabilität.

In den Arbeitsgruppen wurden die Ziele untersetzt. So soll in der geografischen Mitte Europas eine gemeinsame Plattform (Think-Tank) initiiert werden, die auch mitteleuropäisch denkt und handelt. Ihre Aufgabe soll es sein, Denkansätze für neue Probleme und Herausforderungen, den Übergang vom Konflikt zur Zusammenarbeit und von allgemeinen zu maßgeschneiderten Lösungen zu finden und dafür thematische Arbeitsgruppen, interkommunale Partnerschaften, nationalen Vereinigungen der Städte und Gemeinden, sowie „Living labs“ („Lebende Labore“) zu nutzen.

Festgestellt wurde, dass die mitteleuropäische Zusammenarbeit intensiviert werden soll und vor allem weitere Kommunen in Österreich, Tschechien und Polen einbezogen werden müssen. Es bestand Konsens, dass in der gemeinsamen Plattform die Aufgabenfelder „Bildung“ (Schulen und KiTas), „Öffentliche Infrastrukturen“ (Straßen und Plätze, Verkehrswege, ÖPNV) sowie „Innenstadtentwicklung“ angegangen werden können.

EIPOS an der TU Dresden, die Slowakische Technische Universität Bratislava und die Katholische Universität Ružomberok streben im Ergebnis gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterführende europäische Projekte an.

Prof. Dr. habil. Holm Große
Präsident des EIPOS e. V.

Dr.-Ing. Christoph Richter
Leiter der Arbeitsgruppe 3

Bildergalerie

















2024

Internationales Kolloquium

Kommunale Selbstverwaltung als Impulsgeber für den gesellschaftlichen Aufbruch in Mitteleuropa



ISBN 978 – 80 – 561 – 1167 - 3
(online)

